

# DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

August 2017

## Editorial

VON ANITA PLACENTI-GRAU

„In die Archive zu gehen“ hat der Historiker und Soziologe Michel de Certeau als das „stillschweigende Gesetz der Geschichte“ ausgemacht. Trotz der großen Bedeutung digitaler Quellen können sich Historikerinnen und Historiker nach wie vor nicht um einen Archivbesuch drücken, denn hier finden sie immer noch das größte Reservoir an historischen Hinterlassenschaften vor. Daher ist es uns eine große Freude im September 2017 zum ersten Mal den Deutschen Archivtag ausrichten zu dürfen, der unter dem Thema Massenakten - Massendaten. Rationalisierung und Automatisierung im Archiv läuft. Dies haben wir zum Anlass genommen, mit Ralf Jacob, dem Vorsitzenden des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA), ein Interview zum beruflichen Werdegang und den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen des Archivars zu führen. Mit Susanne Rieß-Stumm sprachen wir über die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der Archive als Institutionen der Geschichtskultur und ihrer öffentlichen Wahrnehmung. In einem Beitrag fragt sie darüber hinaus über die Möglichkeiten des historischen Lernens im Archiv und der digitalen Welt. Nicht nur für Archivpädagogen dürfte ein Projekt der Geschichtswerkstatt des IZS von Interesse sein, das Aleksandar Nedelkovski mit Schülerinnen und Schülern des Theodor-Heuss-Gymnasiums in diesem Frühjahr durchgeführt hat und das er in dieser Ausgabe vorstellt: Das Dokumentartheaterprojekt stellte zugleich eine prozesshafte Suche nach Spuren der Wolfsburger NS-Geschichte und eine Konfrontation mit den Bildern der Vergangenheit dar. Interessierte können das Ergebnis als Video im Internet sehen. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Unternehmensgeschichte der Volkswagen GmbH. So eröffnet Rüdiger Gerlach die aktuelle Ausgabe mit einem Beitrag zu Aufstieg und Niedergang der betrieblichen Sozialpolitik Heinrich Nordhoffs. Der Generaldirektor, zugleich übermächtige Vaterfigur, verkörperte wie kein anderer in Wolfsburg das patriarchische Bild des Unternehmers, der die Belegschaft als große Familie verstand. Mit der Bürde der NS-Vergangenheit bundesdeutscher Unternehmen hat sich Sebastian Brünger in seiner Dissertation auseinandergesetzt. In seinem Aufsatz beleuchtet er beispielhaft die lokalen Auseinandersetzungen um die Aufarbeitung der Rolle des Volkswagenwerks im „Dritten Reich“. Er zeigt auf, wie unternehmensgeschichtliche Studien zur historischen Aufklärung beitragen, den Unternehmen aber auch als wichtige Legitimations- und Imagefaktoren zur Rückerlangung verlorengangener Glaubwürdigkeit dienen.



Heinrich Nordhoff spricht vor der Belegschaft, 23. März 1956, Foto: Sammlung Hugo Bork

## Die betriebliche Sozialpolitik Heinrich Nordhoffs

Zwischen ökonomischem Kalkül und paternalistischer Fürsorge

VON RÜDIGER GERLACH

Die betriebliche Sozialpolitik Volkswagens wurde wesentlich in der Aufbauzeit der 1950er Jahre und durch den damaligen Vorstandsvorsitzenden Heinrich Nordhoff geprägt. Die üppig erbrachten sozialen Leistungen und Nordhoffs Talent zur Selbstinszenierung bildeten dabei die Grundlage für einen ausgeprägten Personenkult, der schon seinerzeit Aufsehen erregte. So kommentierte ein Korrespondent der englischen *Evening News* im Jahr 1955: „Dieser Mann steht fast im Glanze eines überirdischen Gottes, der Wohltaten über sein Volk ergießt.“<sup>1</sup> Bei genauerer Betrachtung der Hintergründe seines sozialen Handelns offenbart sich jedoch das Legendenhafte der Erzählung des fürsorglichen Patriarchen. Der kritische Blick auf die Ära Nordhoff erlaubt es darüber hinaus einige allgemeine Rückschlüsse über den Charakter betrieblicher Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik zu ziehen.<sup>2</sup>

### Die Ökonomisierung der betrieblichen Sozialpolitik im Zeichen des Fordismus

Eine Analyse der Unternehmensakten aus der Wirtschaftswunderzeit zeigt, dass sich die betriebliche Sozialpolitik Volkswagens zunächst weniger an sozialen als an pragmatischen ökonomischen Zielen orientierte. Betriebliche Sozialleistungen sollten – ganz im Sinne des fordistischen Produktionssystems – helfen, Beschäftigte

für die zunehmend verdichteten Arbeitsabläufe zu gewinnen, sie an den Betrieb zu binden und auch längerfristig zu motivieren. Im Falle Wolfsburgs, wie auch bei anderen neugegründeten Fabriken auf „grüner Wiese“, kam ihnen insofern eine besondere Bedeutung zu, als zunächst erst einmal die Infrastruktur für die Ansiedlung der wachsenden Belegschaft geschaffen werden musste.<sup>3</sup> Dabei stand der betriebliche Wohnungsbau, der für Volkswagen „nicht nur ein soziales, sondern auch ein betriebliches Problem ersten Ranges“ darstellte, im Vordergrund.<sup>4</sup> Daneben wurden betriebliche Sozialleistungen auch als Mittel eingesetzt, um Beschäftigte gezielt an- und sogar abzuwerben. So wurden Mitarbeitern regionaler Handwerksbetriebe bei Kaffeefahrten nach Wolfsburg im Falle eines Arbeitsplatzwechsels zu Volkswagen unter anderem hohe Erfolgsprämien, moderner Wohnraum und ein vergünstigtes Fahrzeug in Aussicht gestellt.<sup>5</sup> Dieser „soziale Wettbewerb“ zwischen den Unternehmen war letztlich auch eine Nebenwirkung der Vollbeschäftigung in der Wirtschaftswunderzeit und führte bundesweit zu einem deutlichen Ausbau betrieblicher Sozialleistungen.

Um eine funktionierende Stammbeflegschaft aufzubauen, mussten die gewonnenen Beschäftigten jedoch auch weiter motiviert und an den Betrieb gebunden werden. Die Fluktuation der Arbeitskräfte, ein generelles Problem fordistischer

Unternehmen, vermochte die *Volkswagen GmbH* jedoch nicht zuletzt durch ihre überdurchschnittlichen Sozialleistungen zu reduzieren. Dies gelang, obgleich sich Wolfsburg in den Nachkriegsjahren rasch zu einer Durchgangsstation auf dem Weg nach Westen entwickelt hatte und die Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften prekär war.<sup>6</sup> Während 1947 noch die Hälfte der VW-Belegschaft das Unternehmen verließ, sank die um natürliche Abgänge bereinigte Fluktuation 1958 bis auf fünf Prozent. Zufrieden stellte der Aufsichtsrat mit Blick auf die Konkurrenz fest, ein ungenannter anderer Automobilbauer, der teilweise sogar höhere Löhne zahle, habe mit einer Fluktuation von 28 Prozent zu kämpfen.<sup>7</sup> Volkswagen stand mit seiner expansiven betrieblichen Sozialpolitik bei gleichzeitiger Rationalisierung der Arbeitsprozesse prototypisch für den sogenannten „fordistischen Wachstumspakt“. Zunehmend verdichtete Arbeitsprozesse wurden seitens der Arbeitnehmer gegen soziale Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber eingetauscht.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1 Zum wichtigsten Instrument der Mitarbeiterbindung Volkswagens wurde die betriebliche Altersversorgung, die ab 1957 in Form einer Direktzusage gewährt wurde. Da die Versorgungsansprüche der Beschäftigten bei dieser Regelung im Falle einer Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses vor dem Eintritt ins Rentenalter vollständig verloren gehen konnten, ergab ein Arbeitgeberwechsel für länger gediente Beschäftigte keinen Sinn, weshalb die Gewerkschaften in diesen Zusammenhang gerne von einem goldenen Käfig sprachen.<sup>8</sup>

Letztlich war die betriebliche Sozialpolitik bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein sowohl Bedingung als auch Folge des ökonomischen Erfolgs Volkswagens. Sie förderte die Dominanz des Werkes auf dem regionalen Arbeitsmarkt, ließ aber gleichzeitig eine wirtschaftliche Monokultur im Raum Wolfsburg entstehen. Dabei wurden betriebliche Sozialleistungen weitaus flexibler an die Bedürfnisse des Unternehmens und die persönlichen Vorlieben des Vorstandes angepasst, als dies heutzutage möglich wäre, da sie überwiegend freiwillig – und demnach ohne tarifvertragliche Verpflichtung – und oft ohne die Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter gewährt wurden. So konnten die betrieblichen Sozialleistungen gezielt zur Lösung personalpolitischer Probleme genutzt und jederzeit widerrufen werden, sobald es ökonomisch geboten erschien. Diese freiwillige betriebliche Sozialpolitik war seitens der jungen Bundesrepublik durchaus gewollt, da sie aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten vorteilhaft erschien. Moderne, leistungsstarke Branchen konnten dringend benötigte Beschäftigte mit zusätzlichen Leistungen werben, die sich nicht direkt auf das Gesamtlohnniveau auswirkten. Die Bundesregierung wiederum profitierte von der faktischen Ergänzung des noch unvollständigen Sozialstaates – beispielsweise durch die betriebliche Altersversorgung oder Vermögensbildung. Kritiker stellten dagegen fest, dass betriebliche Sozialleistungen letztlich vorenthaltene Löhne, Steuern oder Gewinnausschüttungen seien, die seitens der Unternehmer zur Verfolgung ihrer Eigeninteressen genutzt wurden, beispielsweise zur persönlichen Herrschaftssicherung.<sup>9</sup> Diese Argumente sind mit Blick auf die betriebliche Sozialpolitik Heinrich Nordhoffs nicht ganz von der Hand zu weisen.

#### Betriebsführer und fürsorglicher Patriarch – das soziale Selbstverständnis Nordhoffs

Verbunden mit der Persönlichkeit des Vorstandsvorsitzenden Nordhoff, der besonderen Situation Wolfsburgs als „halbfertige Stadt“ sowie der Prägung vieler Beschäftigter durch Krieg und Nationalsozialismus führte die freiwillige betriebliche Sozialpolitik zu einem veritablen Industrie-feudalismus. Nordhoff orientierte sich einerseits an sozial gesinnten Unternehmerpersönlichkeiten des 19. Jahrhunderts wie Werner von Siemens, Carl Zeiss oder Ernst Abbe. Andererseits war er durch seine Tätigkeit für die NS-Rüstungsindustrie geprägt. So beschwor er immer wieder das Bild der Betriebsgemeinschaft, bei dem „Betriebsführer“ und „Arbeitskameraden“ gemeinschaftlich für das Unternehmensziel kämpfen sollten. Auch wenn sich die Sprache langsam änderte und aus der Betriebsgemeinschaft die „glückliche VW-Familie“ wurde, war Nordhoff bewusst, dass der Rückhalt seiner „Gefolgschaft“ – sollte er Bestand haben –



„Volkswagen baut!“, Foto: Willi Luther

materielle und finanzielle Zugeständnisse erforderte: „Wenn schon die Liebe durch den Magen geht, wie der Volksmund sagt, dann dürfen wir sicher sein, daß ein gutes, dauerhaftes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht auf Schwüren in der Romantik einer Vollmondnacht aufgebaut werden kann.“<sup>10</sup> Allerdings konnte die betriebliche Sozialpolitik nur solange als Stütze des Nordhoffschen Herrschaftsanspruchs fungieren, solange sie freiwillig war, mit ihr also keine Rechtsansprüche der Beschäftigten verbunden waren und sie seiner Person zugeschrieben wurde. Daher verteidigte er den für sein Herrschaftskonzept zentralen Standpunkt, dass „außer der Geschäftsleitung niemand darüber befinden dürfe, welche Sozialleistungen ein Unternehmen aufbringen könne“, nicht nur gegen die Gewerkschaften sondern auch gegen Vorstöße der Bundesregierung.<sup>11</sup> Selbst ein modernes Incentive Management, bei dem die Verteilung von Zusatzleistungen automatisch an die Produktivität des Einzelnen gekoppelt ist, passte nicht in sein Konzept: „Menschlichkeit sollte nicht zum Köder für größere Gewinne degradiert werden; man sollte bereit sein, für seine Leute etwas Gutes zu tun, ohne gleich irgendwo einen Vorteil zu sehen.“<sup>12</sup>

Sein Gestaltungsanspruch ging weit über die Grenzen des Werkes hinaus. So führte er anlässlich einer Ausstellungseröffnung in Wolfsburg im Mai 1952 in seinem üblichen Pathos aus, das Werk stelle nicht nur Einkommen und Ernährung für seine Beschäftigten sicher, sondern finanziere auch Wohnungen, ein Schwimmbad, Gärten, Sportplätze, Blumenanlagen, Kirchen, Kultureinrichtungen, Kunstprogramme und vieles mehr.<sup>13</sup> Im Hinblick auf die zu erwartenden ersten Gastarbeiter befasste sich die Sozialabteilung Volkswagens sogar mit der Frage, ob das Werk nicht ein Bordell errichten sollte, um den sozialen Frieden zu sichern, den man angesichts der Ansiedlung von „5.000 18-jährigen

Italiener[n]“ in Wolfsburg in Gefahr sah. Das Projekt scheiterte weniger am Einspruch des praktizierenden Katholiken Nordhoff denn an ernststen Bedenken der Rechtsabteilung.<sup>14</sup>

Zwar lehnte Nordhoff – vermutlich mit Blick auf die Aktivitäten der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF) in der Zeit des Nationalsozialismus – direkte Kultur- und Sportangebote des Betriebes ab: Dieser „sollte so wenig wie irgend möglich Einfluß auf das Privatleben nehmen wollen, also keine Freizeitgestaltung – ein grauenhaftes Wort und ein schrecklicher Begriff.“ Dies hinderte ihn jedoch nicht, einen erzieherischen Anspruch gegenüber seiner Belegschaft zu vertreten, wie er beispielsweise im Zusammenhang mit der Einführung der 5-Tage-Woche deutlich wurde: „Ich meine die Pflicht, etwas Positives für die sinnvolle Nutzung dieses freien Arbeitstages beizutragen, der sicherlich die außerordentlichen Mühen und Anstrengungen auf der Unternehmenseite nicht wert wäre, wenn er nur vertrödelte werden sollte. Es gilt, diesen außerordentlichen Zeitgewinn zur Hebung des Wissens- und Bildungsniveaus nutzbar zu machen, und zwar im eigenen Interesse der Arbeiter, an die eine deutlich erkennbare technologische Entwicklung Ansprüche stellen wird [...]“<sup>15</sup> Eine „nützliche“ Freizeitbeschäftigung sei zum Beispiel die Gartenarbeit, wie sie Volkswagen unter anderem in dem Werbefilm *5 Meilen westlich* empfahl. In diesem trat Nordhoff sogar persönlich als Hobbyorchideenzüchter in Erscheinung, wodurch sowohl die Gleichheit aller bei Volkswagen Beschäftigten als auch die Vorbildfunktion des Vorstandsvorsitzenden unterstrichen wurde.<sup>16</sup> Seitens der Belegschaft, die sich aus Angehörigen des DAF-Werkes, Ostvertriebenen, „jungen Landsern und entlassenen Kriegsgefangenen“ rekrutierte, fiel Nordhoffs Führungsstil auf fruchtbaren Boden. Persönliche Bittbriefe und spontane Danksagungen von Beschäftigten während der Betriebsversammlungen waren

nicht unüblich. Selbst in Zeiten wachsender Kritik konnte er sich der Loyalität der Stammebelegschaft sicher sein.

#### Sozialpolitik als Herrschaftsinstrument – Kooperation und Konflikt zwischen Stadt und Werk

Auch die Stadt Wolfsburg geriet schnell in den Sog von Nordhoffs Sozialpolitik. Dem Soziologen Hermann Hilterscheid zufolge gab es zwei Wege direkter Einflussnahme des Werkes auf die Stadt: einerseits den Versuch, „Wünsche durch Geschenke, Spenden oder Zuschüsse an die Gemeinde durchzusetzen“, und andererseits das Prinzip der „goldene[n] Zügel“, die „Androhung materieller und/oder ideeller Nachteile“ im Falle der Kooperationsverweigerung. Zwischen 1953 und 1963 habe sich die Stadt darüber hinaus durch ihre Bitten um Zuschüsse und Spenden für öffentliche Bauten in eine zusätzliche Abhängigkeit von Volkswagen gebracht. Hinsichtlich der Reihenfolge der Bauten, ihrer architektonischen Ausführung und selbst in wesentlichen Fragen der Stadtplanung habe sie sich fortwährend mit dem Werk abgestimmt. Nordhoff setzte demnach auf dem Höhepunkt seiner Macht Mitte der 1950er Jahre wesentliche Akzente in der Stadtplanung. So wies er beispielsweise an, „autogerechte“ Straßen und Parkmöglichkeiten zu bauen, was nicht zuletzt den Berufspendlern des Volkswagenwerks zugutekam. Das Werk beeinflusste zudem das Programm der von ihm finanzierten Kultureinrichtungen, deren Vorstände in der Regel mit Angehörigen des Volkswagenwerkes besetzt waren. „Sozialkritische Bühnenstücke“ – zum Beispiel von Bertolt Brecht – „wurden als für das Wolfsburger Publikum ungeeignet abgelehnt.“ In dem mit VW-Mitteln errichteten Kulturzentrum sollte „nichts Negatives gegen das Volkswagenwerk gesagt“ werden; Veranstaltungen der Volkshochschule, „die sozialen oder geistigen Unfrieden bringen könnten“, seien zu unterlassen. Im Hinblick auf Volkswagen hätten „ungeschriebene Gesetze“ gegolten, die nicht nur im Kultur- und Bildungsbereich zu beachten gewesen seien, sondern auch von der Lokalpresse. Die Stadt habe in kulturellen Fragen teilweise sogar in vorauseilendem Gehorsam gehandelt. So sei der geplante Kauf einer Henry-Moore-Plastik gestoppt worden, wie Hilterscheid dann doch etwas zu verkürzt darstellt, nachdem es geheißen habe: „Nordhoff habe da etwas verlautbaren lassen, dass er sie nicht schön finde.“<sup>17</sup> Besonderen Konfliktstoff bot das Ausgreifen Volkswagens auf den Wolfsburger Wohnungsmarkt. Dass die meisten Wohnungen durch die von der Stadt kontrollierte Wohnungsgesellschaft *Neuland* bewirtschaftet wurden, war dem Unternehmen ein Dorn im Auge. Der Baufortschritt bei Neubauprojekten – besonders im Bereich der höherwertigen Wohnungen für Angestellte – blieb hinter den Bedürfnissen des Werkes weit zurück; auch habe man auf Klagen über zu hohe Mieten in den *Neuland*-Wohnungen nicht reagieren können. Die Unternehmensvertreter beharrten auf der Position, dass sich das Problem auch mit einer „angemessenen Vertretung“ im Aufsichtsrat der *Neuland* nicht lösen lasse und demnach eine werkseigene Gesellschaft erforderlich sei.<sup>18</sup> Auf Seiten der Stadt regte sich die nicht ganz unbegründete Furcht, noch weiter in die Abhängigkeit des Werkes zu geraten. Die Kontrolle über das Wohnungswesen der Stadt geriet zur Machtfrage,

die Nordhoff mit der Gründung der *VW-Wohnungsbau GmbH* am 28. Januar 1953 und der rückwirkenden Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft für sich entschied. Das Werk kontrollierte über seine Wohnungsbaugesellschaften und durch sein eingetragenes Belegungsrecht werksgeförderter Wohnungen schnell über 40 Prozent des Wolfsburger Wohnungsmarktes. Zur weiteren Festigung seines Einflusses auf diesen sicherte sich das Unternehmen 20 Prozent der *Neuland*-Anteile, die zuvor Eigentum des Landes Niedersachsen waren. Dabei machte es sich nicht nur den Einfluss „seiner“ Werksangehörigen im Rat der Stadt und seine Verbindungen zur Landespolitik zunutze, sondern brachte auch die übrigen Ratsherren durch hohe Spenden an die städtischen Sozialeinrichtungen auf seine Seite. Darüber hinaus instrumentalisierte es seinen Einfluss auf die städtischen Behörden, um Wohnungsfragen in seinem Sinne zu klären. Zwischen 1953 und 1958 hatte Volkswagen die absolute Kontrolle über das städtische Wohnungsamt und entschied damit auch über die Vergabe von Wohnungen, für die es kein Belegungsrecht besaß.<sup>19</sup> Nordhoff reduzierte sein persönliches Engagement in kommunalen Fragen ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, was an dem ungebrochenen Wachstum des Volkswagenwerkes, aber auch an der zunehmenden Selbstständigkeit der städtischen Institutionen lag. An seine Stelle traten jedoch die sogenannten „Nordhöffchen“ oder „kleinen Könige“, leitende Angestellte Volkswagen, die weiterhin versuchten, die Interessen des Unternehmens – und mitunter ihrer selbst – gegenüber der Stadt durchzusetzen.

#### Betriebliche Sozialpolitik statt aktiver Gewerkschaftspolitik

Freiwillige betriebliche Sozialleistungen wurden jedoch nicht nur eingesetzt, um die Stadt und die eigenen Beschäftigten auf Kurs zu bringen, sondern auch um den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen. Konfrontative Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern waren nach Nordhoffs Philosophie obsolet, solange der Betriebsleiter seine sozialen Pflichten nicht vernachlässigte: „Wir sehen sehr deutlich die Aufgabe und Notwendigkeit, den sozialen Frieden und den sozialen Ausgleich in einer Form zu erreichen oder ihr wenigstens nahe zu kommen, die der furchtbaren und total antiquierten Idee des Klassenkampfes diametral entgegengesetzt ist. Wir sind der Meinung, daß sehr viele Gegensätze und das nahezu tödliche Mißtrauen, das man unter der Flagge des Klassenkampfes herausgearbeitet hat, überständig geworden sind, daß fast alle Ideen, die einmal in der Unklugheit und Maßlosigkeit der Unternehmer aus der Anfangszeit der Industrialisierung ihre Nahrung gefunden hatten, nicht mehr in unsere Zeit passen [...]“<sup>20</sup> Schon zu Beginn seiner Amtszeit zerschlug Nordhoff den gerade in sozialen Fragen sehr aktiven Betriebsrat und machte deutlich, er allein sei der Garant sozialer Wohltaten. Noch Mitte der 1960er Jahre verwies er einem Protokoll der Vorstandssitzung zufolge darauf, wie sehr „überzogene“ gewerkschaftliche Forderungen die großzügigen freiwilligen Sozialleistungen des Werkes gefährden würden: „Herr Dr. Nordhoff setzt die Herren davon in Kenntnis, daß er wegen der Forderung der Gewerkschaften ein Gespräch mit Herrn Dr. Haaf [dem Personalvorstand] hatte. Wenn es sich nicht vermeiden läßt, diese Forderungen anzuerkennen,



VW-Betriebsversammlung, 4. Juli 1953, Foto: Sammlung Hugo Bork

ist es unmöglich, weitere freiwillige soziale Leistungen zu gewähren.“<sup>21</sup> Der größte Teil der Belegschaft konnte mit dem gewerkschaftlichen Gedankengut ohnehin nicht viel anfangen und stand weitgehend hinter dem Vorstandsvorsitzenden.<sup>22</sup> Der Organisationsgrad der *IG Metall* im Volkswagenwerk sank von gut 40 Prozent im Jahr 1951 auf etwa 27 Prozent 1965 und blieb bis zum Tod Nordhoffs im bundesdeutschen Vergleich extrem niedrig.<sup>23</sup> Der neu gewählte Betriebsrat unter Hugo Bork durfte zwar langsam wieder in sozialen Fragen mitwirken, dies aber nur solange er die Führungsrolle Nordhoffs anerkannte. Seine Beteiligung beschränkte sich jedoch weitgehend auf die Verwaltung der Sozialeinrichtungen, die ihm nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 ohnehin zustand. So erhielt der Betriebsrat kaum weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten, wohl aber unangenehme Aufgaben wie zum Beispiel die Organisation des Werksverkehrs oder die Wohnraumverteilung, die ihm mehr Anfeindungen der Belegschaft als zusätzlichen Einfluss einbrachten. Im Organ der Arbeitnehmervertreter hieß es hierzu: „Es liegt in der Natur der Sache, daß der Wohnungsausschuß des Betriebsrates recht heftigen Angriffen der wohnungssuchenden Kollegen ausgesetzt ist.“<sup>24</sup> Der Betriebsratsvorsitzende spielte seine Rolle ganz im Sinne Nordhoffs: Er galt in erster Linie als Erfüllungsgehilfe des Generaldirektors und erst in zweiter Linie als Gewerkschaftler – ein Umstand, der bei der *IG Metall* Missfallen hervorrief: „Jahrelang legten maßgebende Vertreter des Betriebsrats Wert darauf, sich als ‚Betriebsrat des Volkswagenwerkes‘, nicht aber als Funktionär der *IG Metall* zu bezeichnen. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, die Nachwirkungen des Verhaltens sind aber auch heute noch zu spüren. So wird zum Beispiel bei der Berichterstattung in der Betriebsversammlung äußerste Zurückhaltung mit Kritik an der Geschäftsleitung geübt.“<sup>25</sup> Von der Presse musste sich Bork den wenig ein-

fühlsamen Vergleich gefallen lassen, Nordhoff sei ein Pascha im Harem der 30.000 Volkswagenmitarbeiter, während dem Betriebsratsvorsitzenden die Rolle des Eunuchen zuteilwerde.<sup>26</sup> Seitens der *IG Metall* wurde Nordhoffs Sozialpolitik durchaus problematisiert: „Es ist eine Tatsache, daß die freiwilligen sozialen Leistungen der Betriebe vorenthaltener Lohn sind. Wenn wir das gewerkschaftspolitisch erkennen, so müssen wir auch sagen, daß wir uns diese Laus selbst in den Pelz gesetzt haben, und zwar durch die Vernachlässigung einer aktiv geführten Lohnpolitik.“<sup>27</sup> Zudem würden die freiwilligen sozialen Leistungen Zweifel am Nutzen der Gewerkschaften schüren. So betonte Bork, es sei gefährlich festzustellen, im Volkswagenwerk sei für die Beschäftigten mehr als in anderen Betrieben erreicht worden, wenn gleichzeitig erwähnt werde, wie niedrig der Stand der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten sei. Die angegriffenen Betriebsräte waren sich des Dilemmas durchaus bewusst, dass freiwillige Sozialleistungen in der Theorie sehr wohl abzulehnen seien, sie in der betrieblichen Praxis mit Blick auf die Belegschaft jedoch kaum verhindert werden können.

#### Der Wandel betrieblicher Sozialpolitik

Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begannen die Grundlagen der paternalistischen Sozialpolitik Nordhoffs zu erodieren. Mit stagnierenden Beschäftigtenzahlen verlor der Ausbau Wolfsburgs für Volkswagen an Bedeutung. Im Vorstand hieß es 1965: „Herr Dr. Nordhoff betont, daß ein Industrieunternehmen, das ein Drittel seines Kapitals in eine Aufgabe gesteckt hat, die nicht die seine ist, nicht noch mehr neue Stadtteile finanzieren kann. [...] Die Periode, in dem das Werk zum Aufbau der Stadt beitrug, ist beendet.“<sup>28</sup> Als auch andere Vergünstigungen für die Belegschaft mit der sich abkühlenden Konjunktur und der Käferkrise in Frage standen,

ergriffen die Arbeitnehmervertreter die Chance, sich als Verteidiger und Mehrer der sozialen Errungenschaften des Volkswagenwerkes zu profilieren. Gestützt auf den politischen Rückhalt der sozialliberalen Koalition, verbesserte Mitbestimmungsmöglichkeiten und einen wachsenden Anteil der VW-Beschäftigten gestalteten sie die betrieblichen Sozialleistungen durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zunehmend mit. Die gescheiterten Versuche der direkten Nachfolger Nordhoffs – Kurt Lotz und Rudolf Leiding – die betriebliche Sozialpolitik gegen die Interessen der *IG Metall* als Domäne der Geschäftsführung zu bewahren, zeigen, dass eine paternalistische Sozialpolitik im Stile Nordhoffs seit den späten 1960er Jahren politisch und gesellschaftlich nicht mehr durchsetzbar war.<sup>29</sup>

Für die Stadt Wolfsburg bedeute der Rückzug des Werkes finanzielle Einbußen – aber zugleich auch die Möglichkeit zur Emanzipation. Auch eine stärker mitbestimmte betriebliche Sozialpolitik blieb als Gegenpol zum Standortnachteil Wolfsburg von gewissem personalpolitischen Interesse für das Werk. Schließlich hieß es noch 1980 seitens des Vorstandes: „Wir kriegen keinen Ingenieur aus Ingolstadt hierher, auch wenn wir ihm 2.000 DM drauflegen. Die denken da in Bayern doch noch, hier wird an der Zonengrenze geschossen.“<sup>30</sup>

*Rüdiger Gerlach ist freier Historiker aus Berlin. Er promovierte mit einer vergleichenden Arbeit zur betrieblichen Sozialpolitik Volkswagen und Sachsenrings von den 1950er bis in die 1980er Jahre, die durch ein Ivan Hirst Promotionsstipendium der Volkswagen AG gefördert wurde.*

1 „In König Nordhoffs Reich“, in: *Der Spiegel*, Nr. 33, 10. August 1955, S. 16–26, hier S. 17.

2 Zur betrieblichen Sozialpolitik Volkswagen siehe Ute Engelen, *Demokratisierung der betrieblichen Sozialpolitik? Das Volkswagenwerk in Wolfsburg und Automobiles Peugeot in Sochaux 1944–1980*. Baden Baden 2013; Rüdiger

Gerlach, Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich. Das Volkswagenwerk und der VEB Sachsenring von den 1950er bis in die 1980er Jahre. Stuttgart 2014.

3 Exemplarisch sei hier auf die folgenden beiden Sammelbände verwiesen: Rosemarie Beier (Hg.), Aufbau West, Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit. Berlin 1997; Martina Heßler/Günter Riederer (Hg.), Autostädte im 20. Jahrhundert. Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in globaler Perspektive. Stuttgart 2014.

4 Volkswagenwerk GmbH, Geschäftsbericht 1956. Wolfsburg 1957, S. 18.

5 Bundesarchiv Koblenz (BAK), 102/76038, Erhard an Schäffer, 22. März 1957, Gesamtverband der Deutschen Brotindustrie an Erhard, 13. Juni 1957.

6 Zur Wohnraumsituation in der Nachkriegszeit siehe Ute Engelen, Demokratisierung der betrieblichen Sozialpolitik? (Wie Anm. 2), S. 116–129.

7 Unternehmensarchiv der Volkswagen AG (UVW), 373/784/1/1, Protokoll der 21. Sitzung des Aufsichtsrates am 10. November 1959.

8 Gerlach, Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich (wie Anm. 2), S. 99–101.

9 Exemplarisch dazu Milton Friedman, „The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits“, in: The New York Times Magazine vom 13. September 1970.

10 „Vortrag ‚Der Mensch im Betrieb‘ am 3. Oktober 1956 auf der öffentlichen Vortragsveranstaltung des VDA in Baden-Baden“, in: Heinrich Nordhoff, Reden und Aufsätze. Zeugnisse einer Ära. Düsseldorf 1992, S. 200–217, hier S. 212.

11 Heidrun Edelmann, Heinz Nordhoff und Volkswagen: Ein deutscher Unternehmer im amerikanischen Jahrhundert. Göttingen 2003, S. 113.

12 Heinrich Nordhoff, „Die Führung großer Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der menschlichen Probleme“, in: Schweizer Bauzeitung, Jg. 73 (1955), S. 323–327, hier S. 325.

13 „Ansprache aus Anlass der Eröffnung der Franz-Marc-Ausstellung am 11. Mai 1952“, in: Nordhoff, Reden und Aufsätze (wie Anm. 10), S. 119–122, hier S. 120.

14 Schließlich habe sich das Problem aber von selbst gelöst, in dem die Gastarbeiter über die Wochenenden Bustouren nach Braunschweig organisierten. UVW, Interview Georg Kugland, geführt von Ralf und Hedwig Richter am 4. Mai 2004.

15 „Vortrag ‚Der Mensch im Betrieb‘ am 3. Oktober 1956 auf der öffentlichen Vortragsveranstaltung des VDA in Baden-Baden“ (wie Anm. 10), S. 206.

16 Günter Riederer, Auto-Kino. Unternehmensfilme von Volkswagen in den Wirtschaftswunderjahren. Wolfsburg 2011, S. 65.

17 Hermann Hilterscheid, Industrie und Gemeinde: Die Beziehung zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung. 2. Aufl. Berlin 1977, S. 151–188.

18 UVW, 174/426/5, Brief Jensen, Knott an Beirat Oeffering (Bundesfinanzministerium), 7. August 1953.

19 UVW, 373/455/2, Protokoll der Vorstandssitzung 10 am 23. September 1963, 26. September 1963. Dazu auch Hilterscheid, Industrie und Gemeinde (wie Anm. 17), S. 204–210.

20 „Vortrag vor der schwedischen Handelskammer in Stockholm am 13. März 1953 mit dem Thema ‚Initiative und Verantwortung des Unternehmers in der freien Wirtschaft‘“, in: Nordhoff, Reden und Aufsätze (wie Anm. 10), S. 129–145, hier S. 139.

21 UVW, 373/455/1, Protokoll der Vorstandssitzung 10 am 1. November 1965.

22 Vgl. Günther Koch, Stabilität und Wandel der Belegschaftsvertretung im Volkswagenwerk Wolfsburg. Göttingen 1985, S. 66.

23 Gerlach, Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich (wie Anm. 2), S. 56.

24 Koch, Stabilität und Wandel (wie Anm. 22), S. 114. Zitat aus: Wir vom Volkswagenwerk, Nr. 17 (1956).

25 Archiv der sozialen Demokratie (ASD), 5/IGMA160241, Zur gewerkschaftlichen Lage im Volkswagenwerk Wolfsburg, undatiert, 1962.

26 „In König Nordhoffs Reich“ (wie Anm. 1), S. 23f.

27 Hier und im Folgenden ASD, 5/IGMA 071154, Protokoll der 2. Automobilarbeiterkonferenz am 2./3. September 1954 in Frankfurt am Main, S. 14–27.

28 UVW, 373/455/1, Protokoll der Vorstandssitzung 3 am 2. April 1965.

29 Gerlach, Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich (wie Anm. 2), S. 187–213.

30 Zitiert nach Ulfert Herlyn/Ulrich Schweitzer/Wulf Tessin/Barbara Lettko, Stadt im Wandel. Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren. Frankfurt am Main/New York 1982, S. 71.



Klaus-Jörg Siegfried

## Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945

Campus

Buchcover: Klaus-Jörg Siegfried „Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945“



Buchcover: Hans Mommsen mit Manfred Grieger „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“

## Eine Frage der Unabhängigkeit

### Unternehmensgeschichte(n) bei Volkswagen<sup>1</sup>

VON SEBASTIAN BRÜNGER

#### Entlastung und Kontinuität in der Nachkriegszeit

Im Vergleich zu den Bedingungen in Stuttgart war die Ausgangslage für den niedersächsischen Automobilkonzern komplizierter. Der Nationalsozialismus war für die 1938 gegründete „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ und das von Adolf Hitler vorangetriebene Volkswagenwerk konstitutiv. Dementsprechend groß waren auch die Anstrengungen des Unternehmens nach Ende des Krieges, den Blick von der dunklen Vergangenheit auf eine positive Zukunft zu richten. Der von den Briten eingesetzte Generaldirektor Heinrich Nordhoff betonte 1948 vor Mitarbeitern und öffentlichem Publikum zunächst die „Außenseiterrolle“ des Volkswagenwerks in der NS-Wirtschaft und erklärte sodann die größte deutsche Automobilfabrik zum „Schrittmacher des Friedens und des Aufbaus“. Vor dem Hintergrund des „tiefen Elends“ von Krieg und Zerstörung sollten Arbeit und Leistung fortan die Grundlage sein, auf der man eines Tages den Kopf auch wieder höher tragen könne.<sup>3</sup>

Ein anderer Aspekt der Geschichte des Volkswagenwerkes war die Rolle Ferdinand Porsches, des Konstrukteurs des Volkswagens und Vorstandsmitglieds des Werks nach der Gründung. Porsche wurde nicht nur von der direkt nach Kriegsende umbenannten Stadt Wolfsburg als affirmative Identifikationsfigur aufgebaut, nach dem die Hauptgeschäftsstraße, eine Schule und Sportanlagen benannt wurden.<sup>4</sup> Porsche wurde auch in Fachbüchern und Romanen zum Genieus eines technischen Zeitalters verklärt, die indirekt auch seine Rolle im „Dritten Reich“ verteidigten. Als einer der Ersten schrieb der Schriftsteller Horst Mönnich in seinem Roman *Die Autostadt* (1951): „Immer kamen die rechten Männer zur rechten Stunde. Das ist vielleicht die Quintessenz, der Schlüssel zu dem

Wunder, das der Gefangene von Dijon [Ferdinand Porsche] konstatierte. Aber wie erschienen die rechten Männer zur rechten Stunde? [...] Es sind Fanatisierte, der Sache auf Gedeih und Verderb Ergebene, und es sind leidenschaftliche Naturen. Ihre Leidenschaft ist das Auto.“ Die inzwischen wieder auf Hochtouren laufende *Volkswagen GmbH* stieß sich nicht daran, dass Mönnich in leuchtenden Farben auch die Werksgründung sowie die Zusammenarbeit mit Hitler schilderte und seine Sprache von NS-Ideologemen durchsetzt war („Negerfrage“).<sup>5</sup> Schließlich schloss die Heldenverehrung auch Nordhoff mit ein, und für spätere Auflagen, die Mönnich mehrfach überarbeitete und sprachlich anpasste, verfasste der spätere Vorstandsvorsitzende Carl Hahn ein lobendes Vorwort. Der Erfolg und die Verbreitung des Porsche-Mythos war groß; Mönnich schrieb in den folgenden Jahren weitere Werke für und über deutsche Unternehmen.

Der Porsche-Mythos als solcher kam dem Automobilkonzern auch keinesfalls ungelegen, basierte er doch auf dem Narrativ des genialen, unpolitischen Technikers, als dessen Erben sich VW und Heinrich Nordhoff verstanden. Nordhoff selbst wurde mit zunehmenden Erfolg und steigenden Absatzzahlen zum Begründer einer neuen Ära stilisiert, der „Käfer“ zugleich zum Symbol für das „Wirtschaftswunder“ beziehungsweise die Wohlstandsgesellschaft der 1950er Jahre.<sup>6</sup> Nordhoff galt nun als derjenige, der den Traum Porsches in die Tat umgesetzt und das Werk seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt habe. Dieses Selbstverständnis setzte sich auch in Konzernpublikationen bis in die 1980er Jahre fort.<sup>7</sup> Der Umstand, dass der ursprüngliche „Kraft-durch-Freude-Wagen“ ein wichtiges sozialpolitisches Prestigeobjekt des NS-Regimes gewesen war, das die Zustimmung der breiten Masse zur NS-Politik hatte fördern sollen, wurde in den Selbstdarstellungen

komplett ausgespart. Dass das Werk ab 1940 im Zuge der Umstellung auf Rüstungsproduktion mehr als nur „Kübelwagen“ produziert hatte und die Mehrzahl der Beschäftigten keine freiwilligen Arbeitskräfte gewesen waren, war hier ebenfalls kein Thema.

### Bewältigung und Wandel in der Übergangszeit der 80er Jahre

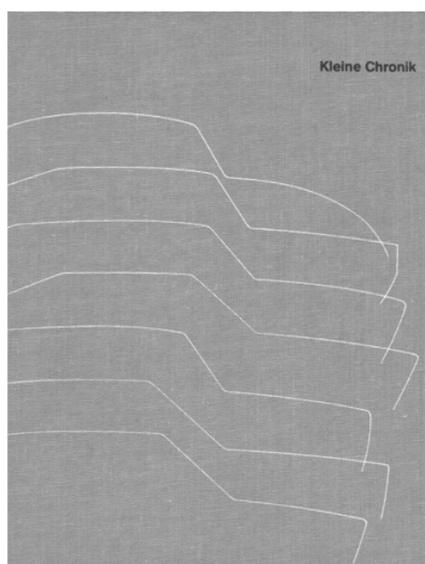
Gegen die Verehrung Ferdinand Porsches und die einseitige Erfolgsgeschichte der *Volkswagen AG* richteten sich spätestens ab den 1970er Jahre erste Stimmen. Eine kleine Zahl an engagierten Bürgern, Personen aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen, begann sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Werks und der Stadt einzusetzen. Vorträge, die sich explizit gegen die „herrschende Porsche-Legende“ richteten, führten zu wütenden Leserbriefen in der örtlichen Presse; Lokalpolitiker ergriffen dezidiert Partei gegen die „Nestbeschmutzer“. Als es 1983 erneut zu einer Diskussion um den Umgang mit dem sogenannten „Ausländerfriedhof“ kam, beauftragte der Rat der Stadt Wolfsburg den Leiter des Stadtarchivs, Klaus-Jörg Siegfried, Fragen nach den Lebensbedingungen der dort begrabenen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen nachzugehen. Siegfried trug daraufhin Akten aus verschiedenen Archiven zusammen und erhielt auch Zugang zum Unternehmensarchiv Volkswagens. Anhand dieser Quellenrecherche und mit Unterstützung der örtlichen Geschichtsinitiativen verfasste Siegfried ein umfangreiches Buch, das 1986 unter dem Titel *Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945* erschien und für großes Aufsehen sorgte. War dieses Buch vor allem als kontextualisierende Quellenedition konzipiert, die anhand diverser Schriftstücke die Rolle des Volkswagenwerks in der nationalsozialistischen Rüstungswirtschaft und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern dokumentierte, legte Siegfried 1988 ein zweites Buch vor, das insbesondere die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter tiefgehender analysierte. So interpretierte er in der zweiten Studie die Formen der Kontrolle von Zwangsarbeitern, deren Wohn- und Lebensverhältnisse als Ausdruck der Handlungsspielräume der Betriebsführung und zeigte detailliert auf, wie umfangreich das Volkswagenwerk in das System der Zwangsarbeit beziehungsweise der Konzentrationslager eingebunden gewesen war – und von ihm profitiert hatte. Hinsichtlich der Person Porsches, seiner persönlichen Verbindungen zu Himmler sowie Hitler und nicht zuletzt seiner eigenen Initiativen zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern kam Siegfried zu dem Schluss, „dass sich die Vernichtungsstrategie der SS und die technische-wirtschaftliche Interessenlage des Konstrukteurs und Betriebsführers zu einem partiellen Konsens verbanden.“<sup>9</sup> Mit der Betonung von Handlungsspielräumen und partiellen Interessenlagen zeigte Siegfried am Beispiel des Volkswagenwerks zwei wesentliche Forschungsperspektiven auf, die in den 1990er Jahren auch für andere Konzerne verfolgt wurden.

### Werksjubiläum und Forschungsauftrag

Die Diskussion um die NS-Vergangenheit der Automobilfabrik griffen Mitte der 1980er Jahre auch die Arbeitnehmervertreter im VW-Aufsichtsrat auf, und insbesondere der Vorsitzende des



Buchcover: Horst Mönnich „Die Autostadt“



Buchcover: Volkswagen AG (Hg.) „Kleine Chronik“

Gesamtbetriebsrats Walter Hiller forderte, dass der Konzern sich seiner eigenen NS-Geschichte kritisch stellen müsse.<sup>10</sup> Da die *Volkswagen AG* mitten in den Planungen zum 50jährigen Werksjubiläum im Jahr 1988 steckte, wurde nun auch im Vorstand und Aufsichtsrat über die Haltung des Konzerns zur eigenen NS-Vergangenheit diskutiert. Die öffentliche Debatte um Zwangsarbeiterentschädigung und die in Teilen der deutschen Presse geäußerte scharfe Kritik an der angekündigten GUG-„Dokumentation“ für Daimler-Benz war allen Beteiligten nur zu präsent. Auf Initiative des Gesamtbetriebsrats vergab daher auch der Vorstand des Volkswagenkonzerns im Mai 1986 einen Forschungsauftrag zur Untersuchung der Unternehmensgeschichte im „Dritten Reich“. Auf der diesbezüglichen Pressekonferenz zeigte VW jedoch, dass die Verantwortlichen ihre Schlüsse aus den in Stuttgart getroffenen Entscheidungen gezogen hatten und der öffentlichen Erwartungshaltung unmittelbar gerecht werden wollten. Die Presseerklärung erschien wie ein Kommentar auf die öffentliche Mängelliste des Daimler-Benz-Auftrags. Nicht die industriennahe *Gesellschaft für Unternehmensgeschichte* wurde von VW beauftragt, sondern der für seine Arbeiten über den Nationalsozialismus renommierte Bochumer Historiker Hans Mommsen. Zudem wurde explizit hervorgehoben, man habe Mommsen gebeten, eine „eigenständige Forschungsgruppe“ zu bilden, die „uneingeschränkter Zugang“ zum VW-Archiv erhalten werde und deren Ergebnisse veröffentlicht werden würden. Der Umstand, dass Mommsen vorgeschlagen hatte, das spezielle Thema Zwangsarbeit in eine Geschichte des Volkswagenwerks im „Dritten Reich“ einzubetten, versprach dabei nicht nur einen innovativen Ansatz für die Geschichtswissenschaft, sondern erfüllte zugleich die öffentliche Erwartung nach



Buchcover: Klaus-Jörg Siegfried „Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945“



Buchcover: Volkswagen AG (Hg.) „Das Buch“

einem deutlichen Fokus auf Zwangsarbeit, den Daimler-Benz erst hatte nachträglich in Auftrag geben müssen. Nicht zuletzt schlugen auch die VW-Vertreter einen empathischen Ton gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern an, der an den Anerkennungsdiskurs um „vergessene Opfer“ anschloss. Sie verknüpften dies mit einem Appell des „nie wieder“ an die Zukunft und kündigten in vagen Worten die „Förderung von Initiativen“ an, die „dazu beitragen, die zwischen den Völkern stehenden Leiden und bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zugunsten der Verständigung und der internationalen Kooperation abzutragen.“<sup>11</sup> Mit diesen Aussagen deutete VW an, sich an den geschichtskulturellen Wandel der 1980er Jahre anpassen zu können und sich gleichwohl im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne zu positionieren, ohne ein einziges Mal das Wort „Entschädigung“ zu erwähnen. Auch wenn in der deutschen Presse die Ankündigung der *Volkswagen AG* weitaus positiver aufgenommen wurde als die von Daimler-Benz, musste der Vorstand in der folgenden Zeit dennoch feststellen, dass VW weiterhin in die Schlagzeilen geriet. Im eigentlichen Jubiläumsjahr 1988 versuchte der Konzern daher, einen schmalen Grat zu begehen. Schließlich stand für den Vorstand der *Volkswagen AG* weiterhin die Frage nach Entschädigungszahlungen im Raum. In der aufwendig gestalteten Festschrift, die kokett nur *Das Buch* hieß, wollte man auf der einen Seite stolz auf die Karriere des Unternehmens zurückblicken können und die „Mitarbeiterfirma“ mit einem „Familienbuch“ feiern. Auf der anderen Seite durfte die Festschrift die Wurzeln des Werks in der NS-Zeit nicht länger aussparen und die öffentliche Erwartungshaltung unterlaufen. Im Gegensatz zu Daimler-Benz versuchte der Konzern aber nicht, auf dem verminten Terrain der Firmengeschichte

seine eigene Darstellung der NS-Zeit zu formulieren. Stattdessen druckte man Auszüge aus einem älteren Buch des US-Journalisten Walter H. Nelson ab, entschuldigte sich in eingeschobenen Kommentaren für dessen unkritische Haltung und delegierte ferner die Einschätzung über die NS-Zeit komplett an den Experten Hans Mommsen. Der skizzierte in einem abgedruckten Interview die personellen Verbindungen zum NS-Regime, die Rüstungsbedeutung des Werks und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Da im selben Jahr auch Siegfrieds zweites Buch zur Zwangsarbeit im Volkswagenwerk erschien, hätte eine eigene Darstellung des Konzerns im Vergleich zu dieser umfassenden Studie wohl stets lückenhaft gewirkt. Die Einbindung von Mommsen als wissenschaftliche Instanz war vor diesem Hintergrund eine effektvolle Geste, die Glaubwürdigkeit und Seriosität suggerierte – und zugleich ein Novum: Erstmals wurde in einer Festschrift eine Differenz zwischen unternehmerischer und akademischer Firmengeschichtsschreibung explizit markiert und ein Historiker als ein außen stehender Experte eingeführt, der sein Urteil über die Unternehmensvergangenheit sprechen sollte. Damit wurde die Deutungshoheit über die eigene Firmengeschichte das erste Mal demonstrativ aus der Hand gegeben. Während Daimler-Benz trotz oder gerade wegen des Auftrags an die GUG mit seiner Festschrift harsche Kritik erntete, konnte sich Volkswagen mit seinem Buch und dem enthaltenen Prädikat der Wissenschaftlichkeit weitestgehend aus der Schusslinie nehmen.

### Unternehmensgeschichte und Symbolpolitik

In der Frage nach monetären Leistungen schwenkte Volkswagen nach längeren zähen Verhandlungen mit der *Jewish Claims Conference* schließlich auf die von Daimler-Benz vorgezeichnete Linie der symbolischen Gesten ein.<sup>12</sup> Ab 1990 wurden an ehemalige Zwangsarbeiter Einladungen nach Wolfsburg ausgesprochen, eine Organisation zum Austausch polnischer und deutscher Jugendlicher gegründet. Als Mommsen 1991 erste Forschungsergebnisse präsentierte, erklärte sich Volkswagen bereit, zwölf Millionen DM für „soziale und völkerverbindende Aktivitäten“ zu zahlen und damit Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen von NS-Verfolgten in den Herkunftsländern der ehemaligen Zwangsarbeiter und Israel zu unterstützen. Zudem wurde ein Gedenkstein auf dem Werksgelände in Wolfsburg in Erinnerung an die ehemaligen Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk aufgestellt. Mit dieser Symbolpolitik, die explizit juristische Ansprüche auf Entschädigung negierte und stattdessen individuelle Forderungen in den abstrakten Raum der „Völkerverständigung“ überführte, konnte Volkswagen vorerst dem öffentlichen Druck ausweichen. In der Presse wurde der Eindruck vermittelt, Volkswagen habe tatsächlich eingelenkt („VW zahlt für Zwangsarbeit“<sup>13</sup>). Harsche Kritik musste dagegen Hans Mommsen einstecken, der nun erkannte, auf welchem „schwierigen Terrain“ er sich mit seiner Volkswagenstudie begeben hatte.<sup>14</sup> An den ersten Forschungsergebnissen, die Mommsen und sein Team auf dem Symposium 1991 zur Diskussion stellten, war dabei in ihrer Deutlichkeit nichts auszusetzen. In seinem Manuskript benannte er klar die Rolle des Volkswagenwerks als zunächst sozialpolitisches Propaganda-, dann improvisiertes Rüstungsprojekt des NS-Regimes und beschrieb sowohl

den Umfang als auch die unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Zwangsarbeitergruppen.<sup>15</sup> Diese ersten Forschungsergebnisse bestätigten und erweiterten damit die Arbeiten von Klaus-Jörg Siegfried. Zum Unmut einiger Protagonisten der lokalen Geschichtsinitiativen wollte sich Mommsen jedoch in der folgenden Diskussion nicht auf eine Pauschalurteilung des „Kriegsverbrechers Porsche“ festlegen lassen. Auch in der Frage der Entschädigung wollte Mommsen seine Forschungsarbeiten zur Vergangenheit von Volkswagen getrennt von aktuellen Forderungen der Gegenwart verstanden wissen. Seiner expliziten „Privatmeinung“ nach gebe es für individuelle Entschädigungsforderungen keine juristische Grundlage, der Versuch von Zahlungen an Einzelpersonen werde vermutlich zu „sekundären Korruptionerscheinungen“ führen – der „Blick in die Zukunft“ und „überindividuelle Hilfe“ seien der bessere Weg.<sup>16</sup> Damit vertrat Mommsen aber eben genau die Argumentationslinie des Automobilkonzerns, was zu heftigen Reaktionen in der linksliberalen Presse führte. Insbesondere der Journalist Otto Köhler griff Mommsen und den Forschungsauftrag als solchen in der *Zeit* scharf an. Mommsen habe sich in die Rolle gefügt, die ihm zugedacht gewesen sei: „Ein Mann, dessen internationales Renommee in der Geschichtswissenschaft unanzweifelbar ist, hat den Standpunkt eingenommen, den VW, den die gesamte Industrie einnimmt: Wir bezahlen nicht unsere Schuld(en). Er hat seinen Ruf für VW verpfändet.“ Dies veranlasste Mommsen wiederum zu einer umfangreichen Gegendarstellung.<sup>17</sup> Die Kritik an Mommsen zeigte, dass es im emotionalen, polarisierenden Vergangenheitsdiskurs der 1980er Jahre auch für Historiker keine neutrale Position gab. Ob bei Daimler-Benz oder bei Volkswagen – die ersten Forschungsaufträge deutscher Unternehmen zu ihrer NS-Geschichte an Geschichtswissenschaftler verdeutlichen, dass ihre Ergebnisse immer auch Teil des Diskurses über den Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit wurden.

Nichtsdestotrotz waren die Auftragsstudien für beide Konzerne wichtige Faktoren, um die öffentliche Diskussion einzuhegen. Sowohl Daimler-Benz als auch Volkswagen waren durch einzelne Stimmen, die im Resonanzraum der medialen Öffentlichkeit massiv verstärkt worden waren, in die Defensive geraten. Die Vergabe der wissenschaftlichen Forschungsaufträge ermöglichten es ihnen, sich wieder offensiv und selbstbewusst zu präsentieren. Die Aufträge aus Wolfsburg und letztlich auch aus Stuttgart unterschieden sich dabei von den Formen früherer „Auftragsforschung“, da die Unternehmensarchive fortan der weiteren Forschung offen standen und zumindest im Fall der *Volkswagen AG* keine Vorlage des Manuskripts mehr eingefordert wurde – was von einer kritischen Öffentlichkeit auch gewürdigt wurde. Die wissenschaftlichen Aufträge waren damit Teil einer geschichtspolitischen Symbolpolitik, deren anderer ebenso wichtiger Teil die Pauschalzahlung als „humanitäre Geste“ war. Das innovative öffentliche Bekenntnis zur eigenen NS-Vergangenheit und die neue explizite Empathie für die Opfer überdeckten dabei die der Zahlung zu Grunde liegende Logik einer Trennung von Recht und Moral, die deutsche Konzerne seit den 1950er Jahren vornahmen. Die wissenschaftlichen Studien waren in diesem Sinne – bei aller Aufklärung, die sie erzielten – für die

Unternehmen wichtige Legitimationsressourcen und Imagefaktoren, um verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Diese Praxis sollte sich auch für andere Konzerne noch als sehr zukunftstauglich erweisen.

Sebastian Brünger, geb. 1979, hat *BWL und Politikwissenschaft in Mannheim und Baltimore studiert. Promotion an der HU Berlin. Von 2006 bis 2015 Dramaturg des Theaterkollektivs „Rimini Protokoll“. Seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kulturstiftung des Bundes. Sein Buch „Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit“ ist 2017 im Wallstein Verlag erschienen.*

1 Dieser Artikel basiert auf einem Kapitel aus dem Buch des Verfassers: *Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit*. Göttingen 2017.

2 Grundlegend zur Auseinandersetzung der 1980er Jahre siehe etwa Harald Schmid, „Von der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zur ‚Erinnerungskultur‘. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Ende der 1970er Jahre“, in: Paul Gerhard/Bernhard Schoßig (Hg.), *Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre*. Göttingen 2010, S. 171–202.

3 „Presse-Empfang anlässlich der Fertigstellung des 20.000 Volkswagens am 15. Januar 1948“, in: Heinrich Nordhoff, *Reden und Aufsätze*. Düsseldorf 1992, S. 48–51, hier S. 49, sowie „Ansprache an die Belegschaft am 6. Dezember 1948 über den Werkfunk“, in: Ebd., S. 63–66, hier S. 64. Zu Nordhoffs Karriere im „Dritten Reich“ siehe Heidrun Edelmann, Heinrich Nordhoff und Volkswagen. Göttingen 2003, S. 48–80.

4 Siehe dazu Klaus-Jörg Siegfried, „Die ‚Autostadt‘. Zur Selbstdarstellung Wolfsburgs in der Nordhoff-Ära“, in: Rosemarie Beier (Hg.), *Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*. Buch zur Ausstellung 16. Mai bis 12. August 1997. Ostfildern-Ruit 1997, S. 239–247.

5 Horst Mönning, *Die Autostadt*. München 1951, S. 394 und 400. Zur Geschichte des Romans siehe Manfred Grieger, „Schriftstellerarbeit am Volkswagen-Mythos“, in: Non Fiktion. *Arsenal der anderen Gattungen*, Jg. 5 (2010), H. 1/2, S. 159–166.

6 Zur „Meistererzählung“ des Volkswagenkonzerns siehe Manfred Grieger, „Zur Hybridisierung der Unternehmensgeschichte durch Verwissenschaftlichung, Marketingisierung und Eventisierung: das Beispiel Volkswagen“, in: Christoph Kühberger/Andreas Pudlat (Hg.), *Vergangenheitsbewirtschaftung. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft*. Innsbruck 2012, S. 96–119, hier S. 99f.

7 Vgl. etwa die *Kleine Chronik von Volkswagen* aus den Jahren 1979 und 1983.

8 Zu diesen Initiativen siehe beispielsweise die Dokumentation: Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter (AKM) im Kirchenkreis Wolfsburg (Hg.), *Porsche, Dr. Körbel und die Kirche in Wolfsburg. Dokumentation einer Diskussion 1985/86 über Wolfsburg in der Zeit des Faschismus*, zusammengestellt von Pastor Klaus Geyer [Wolfsburg 1986]. Dazu auch Alfred Hartung, „Porsche-Verehrung und Rezeption nach 1945“, in: Stephan Krull (Hg.), *75 Jahre „Stadt des KdF-Wagens“/Wolfsburg*. Hannover 2013, S. 113–126.

9 Klaus-Jörg Siegfried, *Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945*. Frankfurt am Main 1988, S. 94, 257 und 47 (Zitat)

10 Klaus Kocks/Hans-Jürgen Uhl, „Aus der Geschichte lernen“. Anmerkungen zur Auseinandersetzung von Belegschaft, Arbeitnehmervertretung, Management und Unternehmensleitung bei Volkswagen mit der Zwangsarbeit im Dritten Reich [Wolfsburg 1999], S. 13f.

11 Pressemitteilung der *Volkswagen AG* vom 7. Mai 1986.

12 Zu diesen Aktivitäten siehe Kocks/Uhl, *Anmerkungen* (wie Anm. 10), S. 16–20.

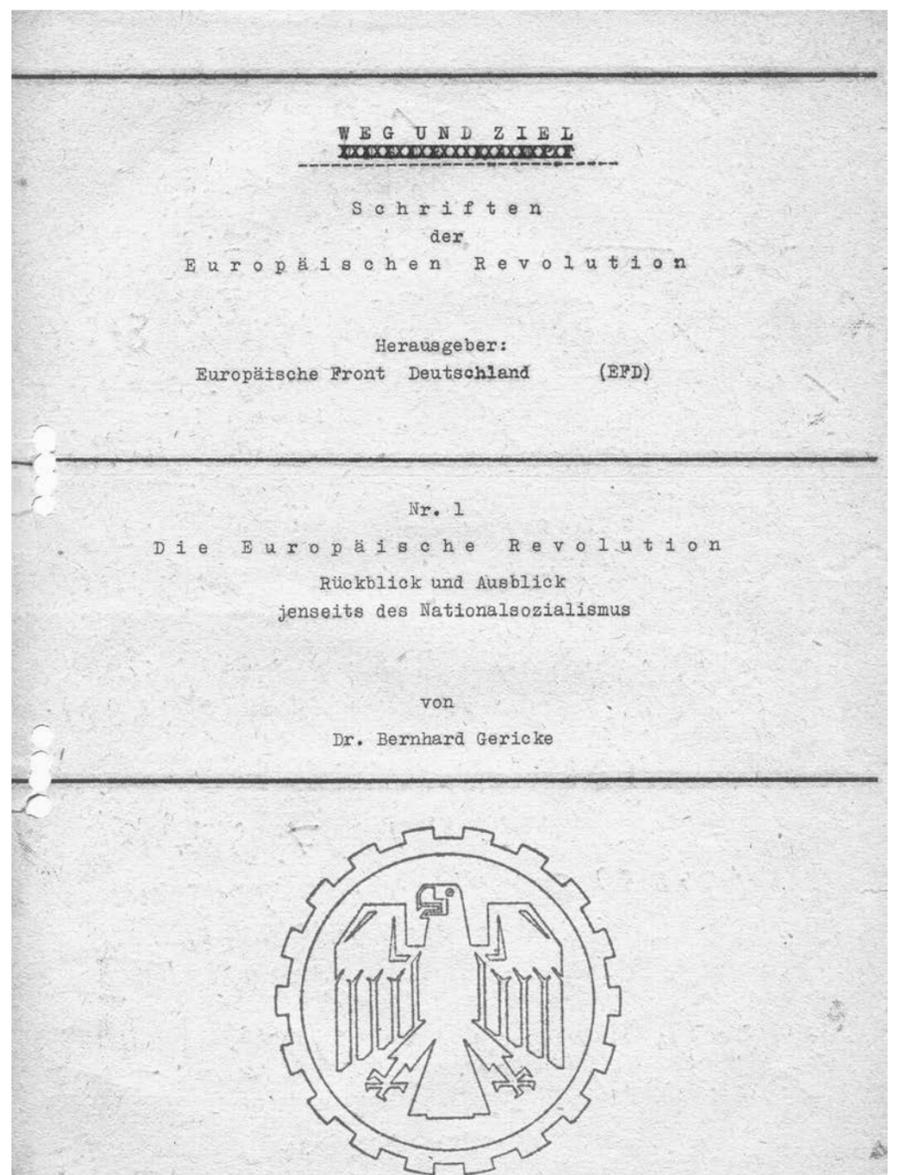
13 „VW zahlt für Zwangsarbeit“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Oktober 1991.

14 Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*. Düsseldorf 1996, S. 20.

15 Hans Mommsen, *Geschichte des Volkswagenwerks im Dritten Reich*, *Forschungsergebnisse* [Bochum 1991].

16 Hans Mommsen zitiert nach Otto Köhler, „Ein Stein. Kein Geld“, in: *Die Zeit* vom 25. Oktober 1991.

17 Vgl. Otto Köhler, „Warten auf Herrn Mommsen“, in: *Die Zeit* vom 12. September 1991; Ders., „Ein Stein. Kein Geld“, in: *Die Zeit* vom 25. Oktober 1991 (Zitat); Hans Mommsen, „Ein Streit um VW“, in: *Die Zeit* vom 22. November 1991.



StadtA WOB, HA 1537

AdM 7/2017

## „Bernhard, der Parteigründer“

### Das Stadtarchiv Wolfsburg und sein erster Leiter

VON GÜNTER RIEDERER

Erst in den letzten Jahren hat sich die Geschichtswissenschaft verstärkt auf einer theoretischen Ebene mit Begriff und Funktionsweise des Archivs befasst. Unter dem Einfluss des französischen Philosophen Michel Foucault und dessen Forschungen zum Zusammenhang zwischen Ausübung von Macht und staatlicher Gewalt wurde das Archiv nicht nur als Idee, sondern auch als wirkmächtige Institution entdeckt. Wer die Akten hat, hat gleichzeitig auch eine gewisse Macht über ihre Interpretation. Der institutionellen Geschichte eines Archivs kommt deswegen eine enorm wichtige Bedeutung zu.

In der „Stadt des KdF-Wagens“ war zwar die Gründung einer „Volksbücherei“ vorgesehen, für die Einrichtung eines Stadtarchivs haben sich aber bislang keine Quellen gefunden. Das Stadtarchiv Wolfsburg wurde also erst in der Zeit nach 1945 gegründet und geht auf einen Vorschlag des ersten Stadtdirektors Johannes Dahme zurück. Er brachte am 2. August 1949 im Verwaltungsausschuss den Antrag ein, im Zuge der „Leistungsschau“, einer Gewerbeschau, die vom 2. bis 9. Oktober 1949 in der Berufsschule in der Heinrich-Heine-Straße veranstaltet wurde, die Arbeiten zur Errichtung des Stadtarchivs in Angriff zu nehmen. Der Zusammenhang zwischen dieser Gewerbeschau, die unter dem Motto „Wolfsburg baut auf!“ die Fortschritte in der Entwicklung der Stadt nach 1945 dokumentieren sollte, und der Einrichtung eines Stadtarchivs wird aus den heute vorliegenden Quellen nicht klar. Vielleicht ist dem Stadtdirektor im Zusammenhang mit der Organisation der Veranstaltung das Fehlen einer kommunalen

Einrichtung aufgefallen, welche die Vergangenheit der noch jungen „Volkswagenstadt“ sicherte.

Der Verwaltungsausschuss erteilte dem Vorschlag seine Zustimmung und im Protokoll wurde zugleich ein Name genannt, der in den folgenden Jahrzehnten den Aufbau und die Arbeit des Archivs prägen sollte: „Da in der Verwaltung geeignete Kräfte nicht vorhanden sind, wird in Vorschlag gebracht, Herrn Dr. Gericke, der die fachlichen Voraussetzungen dafür erfüllt, mit der Aufgabe zu betrauen und ihm den Ratsherrn [Fritz] Hesse, der sich auf dem Gebiete der Heimatkunde bereits Verdienste erworben hat, zur Seite zu stellen.“ (StadtA WOB, HA 1526)

Der promovierte Philologe Bernhard Gericke ist eine schillernde Figur der Wolfsburger Stadtgeschichte. Er wurde im Jahr 1908 in Mainz geboren und wuchs in Berlin auf. Nachweislich der Unterlagen im Bundesarchiv trat Gericke am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Nach den Angaben in seiner Entnazifizierungsakte, die sich im Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover befindet, war er bis Januar 1942 wegen verantwortlicher „Tätigkeit in kriegswirtschaftl.[ich] wichtigen Betrieben“ vom Militärdienst zurückgestellt (Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 171 Lüneburg, H-VE/GFN 2273). Vom 25. Januar 1942 bis zum Kriegsende habe er als Dolmetscher bei der „Wallonischen Legion“ gedient, einem belgischen Freiwilligenverband, der zunächst der Wehrmacht unterstellt war, und später dann in die Waffen-SS überführt wurde. Nach dem Ende des Krieges kam Gericke 1946 nach Wolfsburg – zusammen

mit seiner Frau Luise, die seit dieser Zeit als Betriebsärztin im Volkswagenwerk angestellt war. In den folgenden Jahren schlug er sich als Geschäftsführer einer Aluminium-Gießerei durch, war kurzzeitig erwerbslos und einige Monate „Einkäufer“ eines in Wolfsburg ansässigen Verlags. Im Jahr 1949 erteilte ihm der Rat der Stadt auf Honorarbasis den Auftrag, ein kommunales Archiv einzurichten – eine Aufgabe, die er mit großem persönlichem Engagement betrieb und die er auch behielt, als er im Jahr 1958 Leiter der Pressestelle der Stadt wurde.

Wer allerdings die Akten, die im Zusammenhang mit der Einrichtung des Stadtarchivs entstanden sind, heute liest, gewinnt rasch den Eindruck, dass Gericke trotz einer über 20 Jahre dauernden Tätigkeit über die Phase des Aufbaus im Grunde nie hinausgekommen ist. Immer wieder wird in den verschiedenen Arbeitsberichten explizit darauf hingewiesen, dass sich das Archiv in seiner Entwicklungsphase befinde. Noch 1971 – also immerhin 22 Jahre nach der ersten Beauftragung durch den Verwaltungsausschuss im Jahr 1949 – schrieb Gericke, dass es nur „die Vorstufe eines Archivs“ gebe (StadtA WOB, HA 1526). Und zwei Jahre später, als es schon um die Frage des Ruhestandes für ihn selbst ging, setzte er sich ausdrücklich für die Berufung eines ausgebildeten Facharchivars zu seinem Nachfolger ein. Dieser müsse nach seiner Einstellung unverzüglich daran gehen, „das Archiv wirklich aufzubauen, mit allem was dazu gehört: Gliederung des Archivs, Anlage von Findbüchern, Karteien usw., Lagerung der Archivalien in der allgemein üblichen Form, nach den heute geltenden Grundsätzen.“ (StadtA WOB, HA 1526)

Ein großes Problem bestand sicher darin, dass Gericke über keine fachliche Ausbildung als Archivar verfügte. Seine unbestritten große persönliche Begeisterung für „Geschichte“ im Allgemeinen und die Geschichte Wolfsburgs im Besonderen reichte letztlich nicht aus, um das Stadtarchiv einer mittelgroßen Kommune zu führen. Dazu kamen gewisse grundsätzliche Eigenheiten in der Auffassung von den Aufgaben eines Stadtarchivs. Hier haben sich Gericke, der keine einfache Persönlichkeit war, und die Verwaltung negativ verstärkt. Am 1. Juni 1965 hatte Gericke dennoch sein Ziel erreicht: Das Stadtarchiv nahm als Einrichtung innerhalb der Schul- und Kulturverwaltung der Stadt seine Arbeit auf. Zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Leiter der Pressestelle wurde Gericke die Aufgabe des Stadtarchivars übertragen. Die Verwaltung hatte es allerdings vermieden, eine klare Trennlinie zwischen den beiden Tätigkeiten zu ziehen. In einem Vermerk des Hauptamtes vom 20. Mai 1965 heißt es: „Zu den Aufgaben Dr. Gericke gehören weiterhin die laufende Stadtchronik, die Stadtgeschichte, Führungen in besonderen Fällen, Dolmetscher- und Übersetzertätigkeit, Textentwürfe für Glückwunsch- und Beileidsschreiben, Nachrufe, Vorworte usw.“ (StadtA WOB, HA 1526) Gericke war in der Folge tatsächlich mehr als Chronist und Stadtschreiber tätig und kam den Kernaufgaben eines Stadtarchivars wie dem Erschließen der Bestände oder der Anlage von Findbüchern wenig nach.

Der weitergehende Ausbau des Stadtarchivs wurde von Seiten der Stadt allerdings auch nicht wirklich vorangetrieben. An eine wissenschaftliche Auswertung der Akten war allein schon deswegen nicht zu denken, weil es keinen beaufsichtigten Lesesaalbetrieb gab,

Wahlbezirksvorschlag  
der Nationalen Arbeiter-Partei  
für die Stadtverordnetenwahl am 9. November 1952  
im Wahlbezirk II der kreisfreien Stadt Wolfsburg.

I. Der Wahlbezirksvorschlag soll die abgekürzte Parteibezeichnung NAP führen.

II. Vertrauensmann dieses Wahlbezirksvorschlages ist \_\_\_\_\_

Stellvertreter des Vertrauensmannes ist \_\_\_\_\_

III. Als Bewerber werden vorgeschlagen:

Lfd.-Nr.	Name	Vorname	Geburtsort	Beruf	Wohnung
1	Gericke	Bernhard	16. 08. 1901 Hainz	Oberlehrer	Rothensfelderstr. 28
2	Königke	Wilhelm	21. 04. 1916 Hainz	Bäckereimeister	Bismarckstr. 49
3	Antenatiner	Gottfried	24. 10. 1904 Hainz	Wfm.-Aug.	Frauentischstr. 60
4					
5					
6					
7					
8					
9					

Wahlbezirksvorschlag, StadtA WOB, HA 1537

Handwritten notes and signatures, including names like Gericke, Königke, and Antenatiner, with dates and addresses.

StadtA WOB, HA 1537

Handwritten notes and signatures, including names like Gericke, Königke, and Antenatiner, with dates and addresses.

StadtA WOB, HA 1537

der dafür die räumlichen Voraussetzungen bildete. Die geschichtspolitische Dimension, die in dem Aufbau und der Tätigkeit eines Archivs steckt, wurde von den politisch Verantwortlichen Mitte der 1960er Jahre nicht erkannt. Fairerweise ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der hauptamtlich bestellte Stadtarchivar in Niedersachsen noch zu Beginn der 1970er Jahre eine Besonderheit darstellte: Nur elf Städte und ein Landkreis wiesen zu dieser Zeit eine hauptamtliche Kraft auf, die übrigen Stadtarchive wurden von Ehrenamtlichen wie pensionierten Lehrern oder geschichtsinteressierten Laien geleitet. Gericke und die Stadt Wolfsburg stellten in dieser Hinsicht in der niedersächsischen Archivalandschaft also keine Besonderheit dar.

Zu den Problemen auf der organisatorischen Ebene kam noch ein weiterer Grund, der wesentlich mit den unter Zeitgenossen weithin bekannten und berüchtigten politischen Orientierungen des Stadtarchivars zu tun hatte. Gericke haftete im Volksmund der zweifelhafte Ehrentitel „Bernhard der Parteiengründer“ an, weil er nach 1945 nicht nur mehrere sprunghafte politische Richtungswechsel und Kehrtwenden vollzogen hatte, sondern sich zu Beginn der 1950er Jahre im Zusammenhang mit der Gründung verschiedener, teilweise ganz offen rechts orientierter politischer Parteien und Splittergruppen engagiert hatte.

Im Februar 1947 hatten ihn die britischen Militärbehörden im Zuge der „Operation Selection Board“ wegen „rechter Umtriebe“ verhaftet, die Gericke eine über ein Jahr andauernde Internierung einbrachte. Er hat diese Zeit im in der Nähe von Paderborn gelegenen Internierungslager Staumühle (Civil Internment Camp No. 5) verbracht, das den Briten seit Juli 1945 als Lager für mutmaßliche Kriegsverbrecher und Funktionsträger der NSDAP diente. Die Zeit seiner Internierung nutzte Gericke, um teils krude Pamphlete zu verfassen. Eines dieser Papiere, das den Titel „Die Europäische Revolution. Rückblick und Ausblick jenseits des Nationalsozialismus“ trägt, findet sich an unvermuteter Stelle in den Beständen des Stadtarchivs. Sein Autor hatte für Exzerpte „Schmierpapier“ benutzt: Während auf der Vorderseite Bleistiftnotizen aus dem Braunschweiger Urkundenbuch zu sehen sind, zeigt die Rückseite das maschinenschriftliche Manuskript der „Europäischen Revolution“. Sparsamkeit beim Papier kann im Archiv zu interessanten Einsichten führen!

Überregionale Bekanntheit erreichte Gericke, als er am 2. Oktober 1949 die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) mitbegründete und zugleich auch in die Parteileitung gewählt wurde, also eine führende Position in jener Partei einnahm, die drei Jahre später vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde. Allerdings kam es schon bald zum Bruch: Bereits

1950 erfolgte sein Austritt und Gericke gründete eine eigene Partei, die „Nationale Arbeiter Partei“ (NAP), deren politischer Aktionsradius sich allerdings weitgehend auf Wolfsburg beschränkte. Im Logo der Partei sind die offenen Anklänge an eine nationalsozialistische Symbolik nicht zu übersehen: Das Zahnrad war schon von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) verwendet worden, lediglich das vor 1945 darin befindliche Hakenkreuz wurde durch einen Bundesadler ersetzt. Die Suche in den Beständen zur Entwicklungsgeschichte des Stadtarchivs fördert einige weitere versteckte Spuren der NAP zutage: Auf einer der Rückseiten der Blätter der gleichen Akte findet sich der „Wahlbezirksvorschlag“ der „Nationalen Arbeiter-Partei“ für die Stadtverordnetenwahl am 9. November 1952, mit dem Kandidaten Dr. Bernhard Gericke auf dem ersten Listenplatz.

Eine Folge seines politischen Engagements am rechten Rand war, dass die vom Stadtarchivar verfassten Manuskripte von der Politik misstrauisch und penibel gelesen wurden. Vor allem gegen seine im Rahmen der Tätigkeit als Stadtchronist entstandenen Beiträge, die einigen Ratsmitgliedern als zu persönlich gefärbt erschienen, artikulierte sich Widerspruch. Dabei hatte Gericke selbst offensichtlich eine sehr realistische Einschätzung der Wahrnehmung seiner Person: Als seine Manuskripte zur Stadtgeschichte einer Prüfung durch externe Gutachter unterzogen werden sollten, schrieb er zu seiner Verteidigung: „Vorerst muß man sich auf meine berufliche Vorbildung und meine Fähigkeit und meinen Willen zur Wahrheit und Objektivität verlassen. Sollten in dieser Hinsicht Zweifel bestehen, sollte man etwa glauben, ich würde als der ‚unverbesserliche und verstockte Nazi‘, für den ich vielfach gehalten werde, eine Darstellung des Wolfsburg Zeitabschnitts von 1938 bis 1945 zu einer ‚Verherrlichung des Nationalsozialismus‘ mißbrauchen und eine Darstellung der ersten Jahre der Nachkriegszeit zu einer ‚Abwertung des demokratischen Neuaufbaues‘ und der daran beteiligten Personen und Gruppen, dann soll man mir die Bearbeitung dieser Themen untersagen.“ (StadtA WOB, HA 1526)

Tatsächlich ist das Bild von der Tätigkeit des Archivs in dieser Zeit nicht eindeutig. Positiv ließe sich beispielsweise hervorheben, dass Gericke als Stadtarchivar Bestandsbildung betrieben hat und dabei durchaus auch auf moderne Methoden der Gewinnung von Quellen zurückgriff. Seine „Erlebnisberichte“ genannten, zunächst auf Tonband aufgenommenen, später verschriftlichten Interviews mit Zeitzeugen aus der Stadtgründungszeit sind ein frühes Zeugnis dafür, was erst wesentlich später unter dem Begriff der „Oral History“ in die Geschichtswissenschaft Eingang finden sollte. Freilich sind diese Interviews heute quellenkritisch zu lesen, weil sie mehr über die beteiligten Personen als über die thematisierten historischen Vorgänge aussagen.

Gericke nahm die Aufgabe des Stadtarchivars auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1973 noch drei weitere Jahre auf Honorarbasis wahr. Tatsächlich erfolgte die Professionalisierung des Stadtarchivs Wolfsburg erst mit der Bestellung von Dr. Klaus-Jörg Siegfried (1940–2016) am 1. April 1976. Er leitete nicht nur den fachgerechten Auf- und Ausbau des Stadtarchivs Wolfsburg ein, sondern setzte mit seinen Arbeiten zur Geschichte der Zwangsarbeit im Volkswagenwerk neue Maßstäbe in der wissenschaftlichen Erarbeitung der Geschichte von Werk und Stadt.



### „BILDUNG ist ZUKUNFT! WIR werden darum [b]etrogen!“

Im April 1970 streikte die Jugend in Wolfsburg für ihre Bildung. Schulübergreifend beklagte sie die „unzumutbaren Unterrichtsverhältnisse“, wurde doch ein großer Teil der Pflichtlehrstunden nicht von dafür ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet. „Helft uns den Bildungsnotstand zu beseitigen“, forderten die Schülerinnen und Schüler in ihrem einwöchigen Streik und hielten diese Bitte an die Stadtbevölkerung auch auf einem der Banner fest. Die breite Anteilnahme an den

Protestaktionen belegen Fotografien, die uns Witich Roßmann als Reaktion auf unsere Archivalie des Monats aus dem Januar 2016 zur Verfügung gestellt hat. Er ist einer der jugendlichen Aktiven von damals. Wir danken herzlich für die Aufnahmen, die den großen Demonstrationzug zeigen. Ausgehend vom Rathaus führte dieser einmal hin und zurück über die Porschestraße – als Wendemarke ist der ehemalige Bahnhoftkreisel zu erkennen.







IZS Geschichtswerkstatt Workshop „Historische Zeitung“



IZS Geschichtswerkstatt Workshop „Wolfsburg als Flüchtlingstadt“

### Forschungsarbeiten zu Wolfsburg

## Das Selbstverständnis der Archive und ihre öffentliche Wahrnehmung

### Susanne Rieß-Stumm im Interview

**Alexander Kraus:** Sie haben, nachdem Sie Ihre Ausbildung für den gehobenen Archivdienst des Landes Rheinland-Pfalz absolviert haben, zunächst am Bistumsarchiv in Speyer, sodann im dortigen Landesarchiv und im Universitätsarchiv Tübingen gearbeitet und sind nun seit April dieses Jahres im Rittersport Firmenarchiv tätig. Sie haben damit die Vielfalt der bundesrepublikanischen Archivlandschaft im Berufsalltag in all seinen Facetten kennengelernt und haben aus eben dieser alltäglichen Praxis auch Ihr Dissertationsthema „Archive als Institutionen der Geschichtskultur“ entwickelt, für das Sie auch das IZS als Fallbeispiel analysiert haben. Nahm das Thema nach und nach Form an oder gab es einen zentralen Erkenntnismoment, von dem an Ihnen klar war, Sie möchten sich aus dieser spezifischen Perspektive heraus näher mit der Archivlandschaft auseinandersetzen?

**Susanne Rieß-Stumm:** Der Gedanke sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Archive ihre Inhalte der interessierten Bevölkerung vermitteln und ob sich an diesen Vermittlungspraktiken nicht auch eine Veränderung im institutionellen Selbstverständnis ablesen lässt, entwickelte sich über die Jahre aus meiner praktischen Erfahrung im Archiv heraus. Für mich selbst ist das Archiv der spannendste und auch ideale Ort, um sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und um mit dieser im wahrsten Sinne des Wortes in Berührung zu kommen. Archive sind ja seit längerer Zeit darum bemüht, durch vielfältige Angebote der historischen Bildungsarbeit als eine Art Werkstatt wahrgenommen zu werden, die allen Interessierten offen steht. Gleichzeitig erlebe ich aber oft, wie wenigen Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist, dass Archive allen zur Nutzung offenstehen und man diese einfach aufsuchen kann. Der Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis der Archive, Forschungsort für alle zu sein, und ihrer öffentlichen Wahrnehmung hat meinen Forschergeist geweckt und mich zur einer intensiveren Auseinandersetzung veranlasst. Im Laufe der Forschungsarbeit hat sich der Titel der Arbeit dann doch noch verändert, da ich mich neben dem institutionellen Selbstverständnis und den

didaktischen Konzepten auch noch mit der archivischen Praxis, der Wahrnehmung der Fachaufgaben, befasst habe. Der endgültige Titel der Arbeit lautet: *Auf dem Weg zum Bürgerarchiv. Die Bedeutung von Digitalisierung und gesellschaftlichem Wandel für die Entwicklung der Archive in Deutschland.*

**Alexander Kraus:** Die jeweilige archivididaktische Praxis ist in der Bundesrepublik nur an den wenigsten Archiven schriftlich fixiert. Daher sind Forschungsinterviews eine Ihrer zentralen Quellen. Wie funktioniert ein solches Forschungsinterview?

**Susanne Rieß-Stumm:** Zunächst habe ich einen teilstrukturierten Leitfaden entwickelt, der zum einen sicherstellte, auch wirklich in allen besuchten Archiven vergleichbare Informationen zu den relevanten Themenfeldern zu erheben, zum anderen aber noch Raum für die individuelle Ausgestaltung im Rahmen der jeweiligen Interviewsituation bot. Mich interessiert, wie Archive auf aktuelle gesellschaftliche und technologische Fragestellungen reagieren, ich frage aber auch nach der jeweiligen Konzeption des Bürgerarchivs und deren Folgen für die Institution, die Profession, die Medien und Adressaten. Daher habe ich die Archive nach ihrem institutionellen Selbstverständnis, der Aufgabenwahrnehmung, den Inhalten und Adressaten der Vermittlungsangebote sowie Konzeptionen der Aus- und Weiterbildung befragt. Eine Vielzahl der insgesamt 26 von mir in die Befragung aufgenommenen Archive habe ich dann selbst besucht, um das Interview persönlich mit der Leitung und/oder dem für die Bildungsarbeit zuständigen Archivar zu führen. Ich konnte mir so in vielen Fällen auch noch ein persönliches Bild vom jeweiligen Archiv machen. Ergänzend habe ich noch weitere Quellen hinzugezogen, beispielsweise die Archivsatzung oder das entsprechende Gesetz, aber auch Internetauftritte und Materialien zur historischen Bildungsarbeit.

**Alexander Kraus:** Für ein solches Forschungsprojekt müssen Sie sich natürlich beschränken. Nach welchen Kriterien haben Sie die von Ihnen näher untersuchten Archive ausgewählt und wie typisch ist die getroffene Auswahl?

Es macht ja einen Unterschied, ob Sie ein Stadtarchiv wie das hiesige in den Blick nehmen oder ein Landes- oder gar das Bundesarchiv. Von thematisch ausgerichteten Archiven wie dem DOMiD ganz zu schweigen.

**Susanne Rieß-Stumm:** Bei der Auswahl der Archive habe ich versucht, einen Querschnitt aus der vielfältigen deutschen Archivlandschaft zu bilden. Die räumliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf deutsche Archive soll gewährleisten, dass die Organisation, die Arbeitsweisen und die Profession tatsächlich miteinander verglichen werden können. Die Entwicklung einer Archivlandschaft ist ebenso wie der professionelle Habitus kulturell geprägt; der Entstehungskontext ist oftmals ausschlaggebend für die Organisation der Archive. Neben den staatlichen Archiven, die sozusagen für die kulturelle Grundversorgung stehen, habe ich eine Reihe von Spezialarchiven ausgewählt, die sich wie folgt typologisieren lassen: zunächst Archive, die sich explizit als Haus der Geschichte, als Zentrum der Geschichtsforschung oder Bürgerarchiv verstehen. Bei der zweiten Gruppe stellt die Einrichtung des Archivs eine Reaktion auf gesellschaftspolitische Prozesse dar. Hierfür stehen Archive, durch die ein Gruppengedächtnis institutionalisiert und damit Teil des kulturellen Gedächtnisses wird. Dazu kommen drittens Archive, die ihre Entstehung dem bürgerrechtlichen Engagement oder dem Druck der Öffentlichkeit verdanken. Darüber hinaus habe ich viertens solche Archive berücksichtigt, die einem erweiterten Quellenbegriff Rechnung tragen und auch alltagsgeschichtliche und audiovisuelle Quellen umfassen. Und schließlich fanden auch sogenannte offene Archive Aufnahme, die eine Interaktion mit dem Nutzer wünschen und daher Web-2.0-Applikationen in die archivische Arbeit miteinbeziehen. Bei der Auswahl der Archive habe ich auch darauf geachtet, dass sowohl eine institutionelle Verfasstheit besteht, die ein auf längere Sicht angelegtes Arbeiten ermöglicht, als auch archivfachliche Standards hinsichtlich der Bewertung, Übernahme und Erschließung berücksichtigt werden und die Einsichtnahme in die Archivalien möglich ist.

**Alexander Kraus:** Das institutionelle Selbstverständnis hat sich – so eine Ihrer zentralen Thesen – im Zuge der festeren Verankerung der Archividaktik peu à peu verändert. Werden die Archive aber auch von der Öffentlichkeit anders wahrgenommen?

**Susanne Rieß-Stumm:** Mein persönlicher Eindruck ist, dass Archive häufig immer noch als Orte wahrgenommen werden, die nur einem bestimmten Personenkreis offenstehen, nämlich dem fachlich vorgebildeter Interessierter. Und dies obgleich sich Archive seit vielen Jahren mit einer Fülle an Angeboten zur historischen Bildungsarbeit in der Öffentlichkeit präsentieren. Insgesamt ist aber mein Eindruck, dass es gerade den Stadtarchiven doch recht gut gelingt, sich als städtische Kultureinrichtung zu positionieren und ein breites Publikum zu erreichen.

**Alexander Kraus:** Wie unterscheidet sich die deutsche Archivlandschaft im Hinblick auf archivididaktische Praktiken von anderen Nationen?

**Susanne Rieß-Stumm:** Aus Gründen der Forschungsökonomie, aber auch um zu gewährleisten, dass die Archive auch tatsächlich miteinander verglichen werden können, weil sie der gleichen geschichtskulturellen Praxis entspringen, habe ich mich auf die deutsche Archivlandschaft beschränkt. Allerdings habe ich mir natürlich schon die Webseiten von Archiven in den Niederlanden, Großbritannien oder auch der Schweiz angesehen. Mein erster, sicherlich auch nur sehr oberflächlicher Eindruck ist der, dass man in diesen Ländern deutlich mehr den Austausch mit den Nutzern pflegt und dazu auch die Möglichkeiten des Web 2.0 nutzt. So bieten die *National Archives* in Großbritannien eine Reihe von Crowdsourcing-Projekten an, um so gemeinsam mit den Nutzern Archivalien zu erschließen. In den Niederlanden ermöglicht die Plattform *Archief 2.0* Archivaren und Interessierten gemeinsam an Archivprojekten zu arbeiten und sich darüber auszutauschen. Diese ersten Einblicke in das europäische Archivwesen haben mich aber schon neugierig gemacht, mich eingehender damit zu beschäftigen. Vielleicht wird das ja mein nächstes Forschungsprojekt.



IZS Geschichtswerkstatt Workshop „Vom Volksempfänger zum Volkswagen“

## Archive als Lernort im digitalen Zeitalter

VON SUSANNE RIEß-STUMM

Angebote zur Geschichtsvermittlung gehören zum Standardprogramm vieler Archive und sind längst nicht mehr nur integraler Bestandteil von Kommunalarchiven.<sup>1</sup> Je nach rechtlichen oder konzeptionellen Vorgaben, aber auch in Abhängigkeit von der personellen und finanziellen Ausstattung ist der vermittelnde Bereich unterschiedlich stark ausgeprägt. In Abhängigkeit von der Zielgruppe kommen unterschiedliche Formate zum Einsatz, sie reichen von der Archivführung bis zum Educaching mit GPS-Geräten, das die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) zur spielerischen Erkundung der ehemaligen Stasi-Zentrale einsetzt. Gerade im Bereich der Bildungsarbeit für Schulgruppen versuchen die Archive durch den Einsatz vielfältiger Formate, die durchaus auch spielerische Elemente enthalten, auf die Anforderungen der jeweiligen Lerngruppe einzugehen. Das Bildungsangebot der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, einem Dienstort des Bundesarchivs, will unter dem Motto „Geschichte lebendig gestalten“ zu einer aktiven und eigenständigen Auseinandersetzung mit den Themen Freiheit und Unfreiheit anregen. Zum Einsatz kommen unter anderem Lerngänge, in denen die Schüler andere Schüler durch die Dauerausstellung führen, Rollenspiele, aber auch ein Geschichtspuzzle oder eine Rallye. Während die Archive bei der historischen Bildungsarbeit für die Zielgruppe Schule darum bemüht sind, unterschiedliche Wissensstände zu berücksichtigen und die Angebote für die jeweilige Lerngruppe zu adaptieren, greifen sie bei der Vermittlung für Erwachsene fast durchweg auf die seit dem 19. Jahrhundert bewährten Formen Vortrag, Archivführung oder Ausstellung zurück, die dem Leitmuster Geschichte als Bildung folgen. Auf das aktuell vorherrschende geschichtskulturelle Leitmuster von Geschichte als Erlebnis wird bislang wenn überhaupt im Bereich der Archivpädagogik zurückgegriffen. Geschichte als Erlebnis ist dabei nicht mit der Eventisierung von Geschichte gleichzusetzen, die letztlich nur dem Ziel dient, breite Massen zu unterhalten oder ein touristisches Publikum anzuziehen. Vielmehr zeichnet sich Geschichte als Erlebnis durch performative Praktiken aus, die eine Vergegenwärtigung von Geschichte ermöglichen und so zur Geschichtsaneignung führen können.

Insgesamt berücksichtigen die Angebote der Archive die veränderten Bedingungen des historischen Lernens im digitalen Zeitalter noch zu wenig. Die digitale Welt erweitert die Möglichkeiten für historisches Lernen. Es findet nicht mehr ausschließlich im Geschichtsunterricht oder den traditionellen geschichtskulturellen Institutionen wie Archiven, Gedenkstätten oder Museen statt, sondern zunehmend digital und medial. Auf den ersten Blick scheinen Archive mit dem Angebot der Medien oder der digitalen Welt nicht unbedingt mithalten zu können. History Caching<sup>2</sup> oder Apps, die zur Selbsterkundung von Gedenkstätten<sup>3</sup> eingesetzt werden, scheinen gerade Jugendliche besser anzusprechen als ein Besuch im Archiv. Was spricht aber dennoch dafür, dass Archive weiterhin aktiv historische Bildungsarbeit betreiben oder diesen Aufgabenbereich sogar noch stärker in den Fokus ihrer Aktivitäten rücken sollten? Grundsätzlich besteht der Wunsch nach Sinnstiftung für das gegenwärtige Leben aus der Vergangenheit auch in den Zeiten des digitalen Wandels. Die verstärkte Hinwendung zur Geschichte entspringt nicht zuletzt dem Bedürfnis nach Orientierung in Zeiten, die von der „Erfahrung kultureller Dynamik“<sup>4</sup> und den „belastenden Erfahrungen eines änderungstempobedingten kulturellen Vertrauensschwundes“<sup>5</sup> geprägt sind. Die Hinwendung zur Vergangenheit ermöglicht eine Kompensation der Erfahrungen von rasanter Modernisierung und instabiler Identitätskonstruktionen. Der Wunsch, aus der Geschichte zu lernen, besteht demnach auch in der digitalen Welt. Ebenso gilt immer noch, dass aus der Geschichte nur gelernt werden kann, wenn deutlich wird, dass „die Gegenwart dieser Vergangenheit vom Lernenden als die seine verstanden wird“.<sup>6</sup> Auch die Denkopoperationen, die den Prozess des historischen Lernens bedingen, ändern sich durch das Digitale nicht. Im Mittelpunkt des historischen Lernens stehen auch weiterhin der Aufbau und die Weiterentwicklung derjenigen Kompetenzen, die für das historische Lernen erforderlich sind. Quellen, auch wenn sie digital vorliegen, müssen analysiert, kontextualisiert, datiert und interpretiert werden. Auch wenn Geschichte durch die digitale und mediale Vermittlung zunehmend global erscheint, wendet sich der Geschichtsunterricht wieder verstärkt der lokalen und regionalen Geschichte zu.<sup>7</sup> Eine neue Aufgabenkultur, die den

Schwerpunkt auf realistische Lebenswelt- und Anwendungsbezüge legt, und die Entwicklung von eigenen Geschichtsprodukten durch Schüler rücken die lokale und regionale Geschichte wieder vermehrt in den Fokus des Geschichtsunterrichts. Dazu zählt zum Beispiel das Projekt Classroom4.eu,<sup>8</sup> in dem Schüler der Sekundarstufe II eigenständige Recherchen zur Stadt- und Regionalgeschichte durchführen und diese online präsentieren. Genau an dieser Stelle rückt das Archiv als Lernort wieder in den Fokus, denn der Bezug zur Regional- und Lokalgeschichte kann idealerweise durch die quellengestützte Arbeit im Archiv hergestellt werden. Historische Bildungsarbeit im Archiv hat auch im digitalen Zeitalter ihre Berechtigung, aber die Archivare müssen die veränderten Lernbedingungen wahrnehmen und darauf reagieren. Dies bedeutet nicht, dass es genügt, Lernangebote in eine virtuelle Umgebung zu verlagern, vielmehr muss es darum gehen, deutlich zu machen, wo eine Verbindung zwischen dem historischen Lernen im Archiv und dem Lernen in der digitalen Welt besteht. Die Archive sind daher gefordert, vermehrt Angebote zu entwickeln, die Kompetenzen vermitteln, die zum historischen Lernen in der digitalen Welt benötigt werden. Historisches Lernen an digitalen Medien kann nur gelingen, wenn Schüler wissen, wie man historische Fragestellungen systematisch bearbeitet und sie gleichzeitig über das notwendige Faktenwissen und spezifische Kenntnisse über verschiedene Quellengattungen verfügen. Im Grunde sind das die wesentlichen Elemente, die das quellengestützte Lernen im Archiv vermitteln will. Um solche Angebote auch weiterhin attraktiv zu machen, müssen Archive verdeutlichen, wie der Bogen zum Lernen an digitalen Medien geschlagen werden kann. Gelingt dies, wird der Lernort Archiv auch in Zeiten von History Caching und Apps als zeitgemäßer Lernort wahrgenommen werden.

1 Siehe dazu das Positionspapier der BKK und des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags „Historische Bildungsarbeit als integraler Bestandteil der Aufgaben des Kommunalarchivs“, 2005, online abrufbar unter [http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Positionspapier\\_Historische\\_Bildungsarbeit.pdf](http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Positionspapier_Historische_Bildungsarbeit.pdf) [8.5.2017].

2 Die Jugendbildungsstätte Ludwigsstein nutzt History Caching zur Erkundung der unterhalb der Burg gelegenen Kriegsgräberstätte. Siehe dazu die Homepage der Jugendbildungsstätte Ludwigsstein – Klassenfahrten – History-Caching, online abrufbar unter <http://www.jubiludwigstein.de/klassenfahrten/history-caching/> [19.1.2017].

3 Apps werden beispielsweise in den KZ-Gedenkstätten Neuengamme und Buchenwald eingesetzt. Siehe dazu die Homepage KZ-Gedenkstätte Neuengamme – Service – Selbsterkundung, online abrufbar unter <http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/service/selbsterkundung/> [19.1.2017] sowie die Homepage der Gedenkstätte Buchenwald – Besucherservice – Multimediale Guide, online abrufbar unter <https://www.buchenwald.de/879/> [19.1.2017].

4 Hermann Lübke, Die Gegenwart der Vergangenheit. Kulturelle und politische Funktionen des historischen Bewusstseins. Vortrag gehalten vor der 16. Landschaftsversammlung am 16. März 1985 in Oldenburg. Oldenburg 1985, S. 15.

5 Ebd., S. 13.

6 Marko Demantowsky, „Die Geschichtsdidaktik und die digitale Welt. Eine Perspektive auf spezifische Chancen und Probleme“, in: Ders./Christoph Pallaske (Hg.), Geschichte lernen im digitalen Wandel. Berlin 2015, S. 149–161, hier S. 149f.

7 Dazu Daniel Bernsen/Thomas Spahn, „Medien und historisches Lernen. Herausforderungen und Hypes im digitalen Wandel“, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, Jg. 14 (2015), S. 191–203, hier S. 202.

8 Vgl. Daniel Bernsen, „Classroom4.eu. Schüler schreiben ein multimediales Online-Schulbuch zur Kulturgeschichte Europas“, in: Demantowsky/Pallaske, Geschichte lernen im digitalen Wandel (wie Anm. 6), S. 79–89.

## „Kulturelles Erbe bewahren und Verwaltungshandeln transparent machen“

Ralf Jacob im Interview

Aus Anlass des Deutschen Archivtags, der vom 27. bis zum 30. September 2017 in Wolfsburg stattfinden wird, sprechen wir mit Ralf Jacob, seit 2016 Vorsitzender des *Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.* (VdA).

**Steffi Crain:** Herr Jacob, Sie sind Archivar und Historiker, leiten das Stadtarchiv in Halle (Saale) und sind Vorsitzender des VdA. Darüber hinaus sind Sie aktiv im *Verein für hallische Stadtgeschichte*, mit dem Sie ein Jahrbuch herausgeben. Hätten Sie dieses Spektrum zum Beginn Ihres Studiums erwartet?

**Ralf Jacob:** Klares Nein! Als ich 1987 mit dem Studium begann, habe ich vieles noch nicht erwartet. Ursprünglich hatte ich mich sogar bewusst für den ausschließlich archivwissenschaftlichen Studiengang entschieden. Geschichte kam für mich nicht in Frage, da das Fach in der ehemaligen DDR stark dem ideologischen Weltbild unterworfen war. Als dann mit der Wende ein großer Umbruch an der Humboldt-Universität stattfand und bedeutende Historiker wie Heinz Schilling oder Richard von Dülmen dort Gastprofessuren annahmen, stand meinem Geschichtsstudium nichts mehr im Wege.

**Steffi Crain:** Sie haben ab 1987 an der Humboldt-Universität zu Berlin Archivwissenschaft und Geschichte studiert. Mit welchen Vorstellungen an das Berufsleben haben Sie sich für das Studium entschieden? Wurden diese Erwartungen erfüllt?

**Ralf Jacob:** Meine Mutter hat als Archivarin bei den Leuna-Werken gearbeitet, mir war daher schon früh klar, welche beruflichen Aufgaben auf mich zukommen. Natürlich hat sich das Berufsbild seitdem stark verändert. Gerade die vielen technischen Neuerungen, die heute zum Berufsalltag gehören, konnte man damals noch nicht erwarten. So wird es aber auch künftigen Generationen gehen.

**Steffi Crain:** Die Fächerkombination Archivwissenschaft und Geschichte gibt es heute so nicht mehr. Vielerorts ist es schon schwierig die Historischen Grundwissenschaften als Basis für die spezifischen Geschichtsstudiengänge zu studieren. Sehen Sie darin einen Nachteil für das Archivwesen in Deutschland?

**Ralf Jacob:** Einen Nachteil sehe ich nicht unbedingt. Aus meiner bisherigen Berufspraxis habe ich die Erfahrung, dass es eine ganze Reihe von Archivbeschäftigten gibt, die gar nicht in einem überwiegend historischen Kontext arbeiten. Auch der Bereich IT nimmt immer breitere Bedeutung an. Wir haben es im Archiv schon aufgrund der vielfältigen Aufgabengebiete längst nicht mehr nur mit Geschichtswissenschaftlern zu tun. Eine gewisse Affinität zum Fach schadet aber sicher nicht und macht es leichter, vorgefundene Sachverhalte in einen Kontext zu verorten.

**Steffi Crain:** Wie sieht es überhaupt mit dem Fachkräftenachwuchs in deutschen Archiven aus? Für ein archivarisches Fachstudium steht neben dem behördeninternen Studium an der Archivschule in Marburg oder der Bayrischen Archivschule nur die Fachhochschule Potsdam mit einem freien Angebot zur Verfügung. *Fortsetzung auf Seite 12*

**Fortsetzung von Seite 11** Welche Perspektiven werden den Absolventen geboten?

**Ralf Jacob:** Wie in anderen Berufsfeldern ist auch im Archivwesen der Fachkräftemangel sehr stark spürbar. Das ist auch augenfällig, wenn man sich den zentralen Stellenmarkt im Internet ansieht. Momentan ist der Bedarf an Fachkräften größer als der Markt Bewerberinnen und Bewerber zu bieten hat. Absolventen befinden sich daher gerade in einer sehr vorteilhaften Lage und haben gute Perspektiven nicht nur bei der Stellenfindung sondern auch der weiteren Entwicklung bei ihrem Arbeitgeber.

**Steffi Crain:** Neben dem spezifisch ausgebildeten Nachwuchs gibt es viele Quereinsteiger, auch aus geschichtsfernen Berufen, in den Kommunalarchiven insbesondere aus der öffentlichen Verwaltung. In fachlicher Hinsicht finden diese natürlich vor allem durch das Marburger Fortbildungsangebot Hilfestellung. Welche Möglichkeiten der berufsbegleitenden Qualifizierung gibt es beziehungsweise sollte es geben?

**Ralf Jacob:** Eine tatsächliche berufsbegleitende Weiterqualifizierung bietet derzeit nur die Fachhochschule Potsdam an. Darüber hinaus gibt es ein breites Fortbildungsangebot durch Institutionen wie die Archivschule Marburg und das LWL-Archivamt in Münster.

**Steffi Crain:** Inwiefern ist der VdA in diesem Bereich aktiv und wie finden sich die Seiteneinsteiger in Ihrem Verband wieder?

**Ralf Jacob:** Das Archivwesen umfasst ja viele unterschiedliche Bereiche: Staats-, Kommunal-, Kirchen-, Adels-, Wirtschafts-, Parlaments-, Partei-, Medien- und Hochschularchive, darüber hinaus Archive von wissenschaftlichen Institutionen. Der VdA und seine Landesverbände bieten daher auch thematisch breit gefächerte Workshops und Fortbildungen an, beispielsweise auf dem Deutschen Archivtag. Natürlich ist für alle lebenslanges Lernen notwendig, mit den Fortbildungsangeboten des VdA versuchen wir aber auch immer, die Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen zu erreichen. Wissenstransfer und fachlicher Austausch sind für uns ein hohes Gut und als größter nationaler Fachverband in Europa verstehen wir uns als fachliche Heimat für alle, die hauptamtlich archivisch tätig sind. Dabei ist es egal, ob sie eine Fachausbildung haben oder nicht, denn letztlich verfolgen sie die gleichen Ziele: einerseits kulturelles Erbe bewahren und andererseits Verwaltungshandeln transparent machen und so die Demokratie festigen. Wir freuen uns über jeden Seiteneinsteiger, der als Mitglied Teil unserer Gemeinschaft im Verband wird und so auch Teil unseres fachlichen Netzwerkes.

**Steffi Crain:** „MASSENAKTEN – MASSENDATEN, Rationalisierung und Automatisierung im Archiv“ so das Thema des 87. Deutschen Archivtags in Wolfsburg. Dies hört sich für den Laien nach sehr umfangreichen eintönigen Beständen an, die sich Dank der technologischen Entwicklung aber ganz schnell und einfach archivieren und für zukünftige Nutzer bereitstellen lassen. Ist dem tatsächlich so? Warum hat der VdA dieses Thema ausgewählt?

**Ralf Jacob:** Archive bestehen nicht nur aus kostbaren alten Urkunden und Einzelstücken, auch wenn diese besonders öffentlichkeitswirksam sind. Der Alltag der Archivarinnen und Archivare besteht heute meist aus Datenfluten, welche bewältigt werden müssen. Schnell und einfach lassen sich diese Massendaten trotz der Technik nicht archivieren:

Wir können nur eine kleine Menge aufheben und müssen jedes Mal bewerten, was vernichtet wird und was nicht. Die Archivare und Archivarinnen nennen das in ihrer Fachsprache „kassieren“. Unser Auftrag ist es dabei für die Nachwelt sowohl das Gewöhnliche als auch das Ungewöhnliche unserer Zeit aufzubewahren. Sowohl die alltäglichen Bau- oder Krankenakten als auch die Fotografien vom Hochwasser 2013 an Elbe und Saale, die uns gezeigt haben, wie verletzlich unsere Stadträume sind.

**Steffi Crain:** Beim Blick in das Veranstaltungsheft erkennt man den Einzug der technischen Innovationen in allen Aufgabenbereichen des Archivs. Ändert sich dadurch das Berufsbild oder doch nur die Form der Aufgabenwahrnehmung?

**Ralf Jacob:** Das Berufsbild hat sich bereits stark verändert. Salopp formuliert, hatten wir es früher mit einem Historiker-Archivar zu tun, der in seiner Institution mehr Kontakt mit dem Archivgut als mit der Außenwelt hatte. Heute verstehen sich die Archivarinnen und Archivare als umfassende Informationsdienstleister – sowohl für die eigenen Träger/Verwaltungen als auch für Bürger und Bürgerinnen und für die Forschung.

**Steffi Crain:** Welche Herausforderungen und Anforderungen an die im Archiv Tätigen sind damit aus Ihrer Sicht verbunden?

**Ralf Jacob:** Die Befähigung, komplexe Vorgänge schnell und umfassend zu analysieren. Entscheidungen zu den anvertrauten Unterlagen fällen zu können und nicht zuletzt kommunikativ das Archiv nach außen zu vertreten.

**Steffi Crain:** Mit der Archivierung digitaler Medien und der digitalen Nutzbarmachung analoger Archivalien gibt es zwei große Aufgaben, die deutsche Archive neben ihren bisherigen Aufgaben bewältigen müssen. Wie gehen damit vor allem die kleineren Kommunalarchive um beziehungsweise welche Bewältigungsstrategien haben diese, gerade angesichts meist eher geringer Kapazitäten?

**Ralf Jacob:** Häufig kreativer. Partnersuche in der Verwaltung selbst, aber auch darüber hinaus. „Überlieferung im Verbund“ ist dafür ein Stichwort.

**Steffi Crain:** Gibt es Ihrer Auffassung nach Aufgaben, die angesichts der neuen digitalen Herausforderungen in den Hintergrund rücken oder gar ganz aus dem Archivwesen verschwinden oder verschwinden werden?

**Ralf Jacob:** Die Schwerpunkte haben sich sicherlich verschoben, aber das Verschwinden bestimmter Tätigkeiten kann ich heute nicht vorhersehen. Ich verbinde auch in Zukunft den öffentlich zugänglichen Lesesaal eines Archivs als ein wichtiges Kommunikationsglied zur Wissensvermittlung.

**Steffi Crain:** An welchem Thema des Deutschen Archivtags sind Sie selbst am meisten interessiert, welches Thema spielt in Ihrer Arbeitswelt in Halle derzeit eine wichtige Rolle?

**Ralf Jacob:** Wie sicherlich für eine Vielzahl von Berufskolleginnen die Elektronische Langzeitarchivierung.

**Steffi Crain:** Zum Abschluss möchte ich Sie fragen, was wünschen Sie sich für den Deutschen Archivtag in Wolfsburg?

**Ralf Jacob:** Auf der fachlichen Seite interessante Vorträge, die Vermittlung unterschiedlicher Perspektiven und Lösungsansätze für aktuelle Problemstellungen. Diskussionen, gerne auch kontrovers, und einen regen Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Archivsparten. Darüber hinaus natürlich nette Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen von nah und fern.



Abb. 1: Eine Ehrung von Sülfeldern vor dem Denkmal, Foto: Privatbesitz Hermann Sprenger

## Sülfeld im Bann des Nationalsozialismus

Ein Dorf schafft dem 5. März 1933 ein Denkmal

VON ALEXANDER KRAUS & MAIK ULLMANN

„Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot über Deutschland“, titelte die rechtskonservative *Aller-Zeitung* am 6. März 1933 nach dem Wahlsieg der NSDAP bei der Reichstagswahl am Vortag.<sup>1</sup> Der nationale Jubel fand seine Entsprechung, wie dem Lokalteil der Ausgabe zu entnehmen ist, auch vor Ort im niedersächsischen Fallersleben, in dem sich am Vorabend eine Kundgebung ereignete. Die durch die NSDAP, den *Stahlhelm* und den örtlichen Landwehrverein initiierte Veranstaltung traf den Geschmack des Journalisten, der mit Blick auf den Wahlerfolg der Nationalsozialisten konstatierte, man habe „seit dem 1. August 1914 nicht einen solchen Tag nationaler Erhebung erlebt“.<sup>2</sup> Von etwas mehr als 30 Millionen aller abgegebenen Stimmen hätten etwa 17 Millionen Wähler ihr Kreuz für die Nationalsozialisten gesetzt. Wie der Fund einer Fotoaufnahme zeigt,<sup>3</sup> (Abbildung 1) wurde auch das benachbarte Sülfeld von dieser Welle der nationalen Euphorie erfasst: Elf Männer mittleren Alters posieren sichtlich gut gelaunt vor einem etwa 2,70 Meter hohen Findling. Zur Feier des Tages tragen sie ihre Sonntagsanzüge, an deren Revers jeweils ein Blumengesteck angebracht ist. Ihre Gesichter strahlen Zuversicht und Zufriedenheit aus. Ausnahmslos blicken sie selbstsicher und unverwandt in die Kamera. Obgleich das Bild inszeniert wirkt, zeigt es deutliche handwerkliche Mängel. So ist beispielsweise der Mann am rechten Bildrand abgeschnitten. Auf dem hinter der Gruppe sichtbaren Stein ist am oberen Ende ein Hakenkreuz zu erkennen sowie das Sülfelder Ortswappen. Darunter zeichnet sich eine Inschrift ab, deren Text sich nur erahnen lässt. Eine weitere Fotografie des Denkmals verschafft diesbezüglich Abhilfe: „Sülfeld | Erwachen | Der | Deutschen | Nation | 5. März 1933“. (Abbildung 2) Die erste Aufnahme ist vermutlich – die Bäume tragen noch keine Blätter – an einem Heldengedenktag<sup>4</sup> anlässlich einer Ehrung Sülfelder Bürger aufgenommen worden. Sie zeigt die Honoratioren des Dorfes, darunter größtenteils lokale Großgrundbesitzer und wohlhabende Bauern, die sich vor dem Denkmal aufgestellt haben. Elf Jahre später sollten einige der abgebildeten Personen abermals gemeinsam in Erscheinung treten, doch dazu später mehr.

Nicht nur am Tag der Denkmalsenthüllung am 14. Mai 1933, sondern auch in „künftigen Zeiten“ sollte der Stein die Sülfelder daran erinnern, „daß Hitler es war, dem wir es zu verdanken haben, daß wir den Tag der Erhebung des deutschen Volkes am 5. März erleben konnten“, verkündete Pastor Friedrich Ahlers während des die Feier eröffnenden Feldgottesdienstes vor den Augen zahlreicher Zuschauer, darunter regionale NSDAP-Parteimitglieder<sup>5</sup> sowie Abordnungen von SA und SS.<sup>6</sup> Ebenfalls anwesend waren der Gauleiter von Ost-Hannover, Otto Telschow, und der Gifhorner Landrat Eugen von Wagenhoff. (Abbildung 3) Dem Anlass entsprechend war das ganze Dorf, das zu diesem Zeitpunkt lediglich etwas mehr als 500 Einwohner zählte, bei der Denkmalsenthüllung festlich geschmückt. „Kein Haus ohne Fahne Schwarz-weiß-rot oder Hakenkreuz oder beides“, kommentierte die *Aller-Zeitung* in Hochstimmung: „Die Häuser und Straßen geschmückt mit Grün, Gewinden und Ehrenpforten in großen Mengen gaben ein feierliches Bild, wie es Sülfeld niemals zuvor gesehen hat.“<sup>7</sup> (Abbildung 4 bis 6) Die Fotografien dokumentieren demnach einerseits, wie rasch und ungehindert der Nationalsozialismus Eingang „in private und lokale Lebenswelten“ fand,<sup>8</sup> dies auch, indem er zentrale Orte mit neuen Festkulten usurpierte und vereinnahmte. Andererseits lassen sich die Aufnahmen auch dahingehend deuten, dass der Wahlerfolg der NSDAP vom 5. März Emotionen freisetzte, die nicht erst über Nacht entstanden sind.

Im Zuge der Feierlichkeiten benannte die stolze Gemeinde offenbar zeitgleich den angrenzenden Platz nach ihrem siegreichen Reichskanzler.<sup>9</sup> (Abbildung 7) Waren solche Benennungen landesweit auch keine Seltenheit, so erscheint die Denkmalssetzung selbst rückwirkend als Kuriosum, denn die lokalen Verantwortlichen scheinen vorschnell gehandelt zu haben: Nicht der 5. März, sondern der 30. Januar 1933 sollte in der NS-Erinnerungskultur der offizielle Tag werden, an dem Adolf Hitler und der Machtübernahme der Nationalsozialisten gedacht wurde. Dieses Ereignis barg weitaus mehr symbolisches Kapital als der Wahlsieg vom März selben Jahres. Der Historikerin Sabine Behrenbeck



Abb. 2: Feierlicher Festakt zur Denkmaleinweihung am 14. Mai 1933;  
Foto: Privatbesitz Lieselotte Grothe

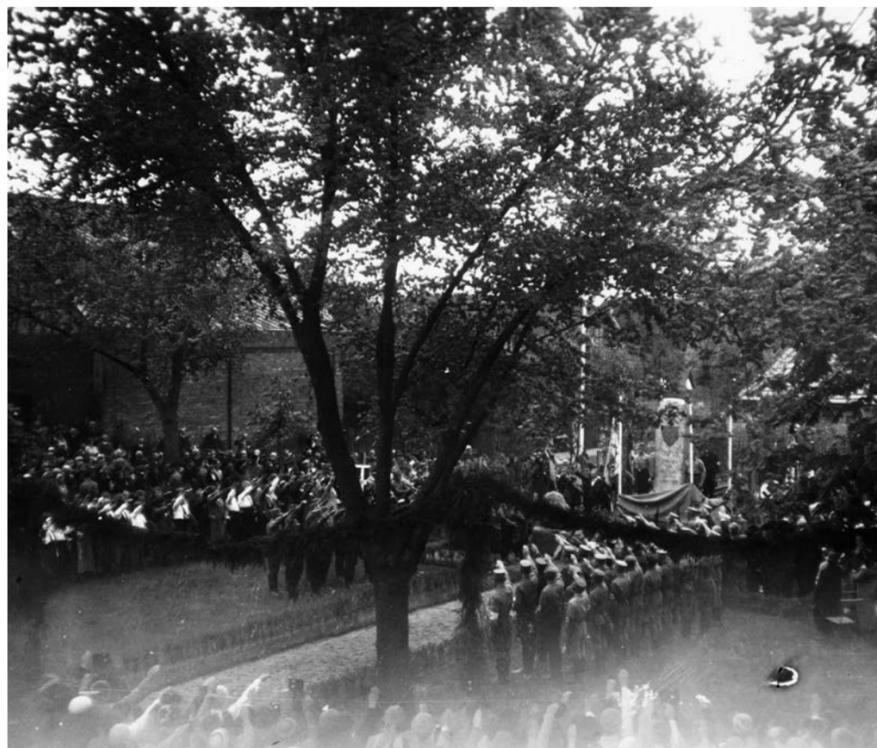


Abb. 3: Enthüllung des Denkmals,  
Foto: Privatbesitz Lieselotte Grothe



Abb. 4: Die alte Dorfschule am 14. Mai 1933,  
Foto: Privatbesitz Lieselotte Grothe



Abb. 5: Die im Dorfkern gelegene Straße Damm,  
Foto: Privatbesitz Lieselotte Grothe



Abb. 6: Der Denkmalsplatz,  
Foto: Privatbesitz Lieselotte Grothe



Abb. 7: Eine Postkarte aus Sülfeld,  
Privatbesitz Familien Berthold Sprenger



Abb. 8: Der Findling als Naturdenkmal,  
Foto: Privatbesitz Hermann Sprenger

zufolge wurde Hitler bereits kurze Zeit nach der Übernahme des Kanzleramtes am 30. Januar durch die NSDAP zu einer Art Erlöser stilisiert.<sup>10</sup> Ihre These deckt sich mit der lokalen Presseberichterstattung des Folgejahres: Eine Fülle an Zeitungsberichten thematisierte Hitlers Machtergreifung,<sup>11</sup> wohingegen der 5. März keinen Widerhall findet. Wie ist dieser Befund zu deuten? Zeigten sich die Sülfelder lediglich überambitioniert, als sie einem Tag ein Denkmal setzten, der in der offiziellen NS-Erinnerungskultur keine Rolle spielte? Eine andere Interpretation erscheint plausibler, denn die Gemeinde stand mit ihrer Deutung nicht allein: Wie aus dem Artikel zur Einweihung des Sülfelder Gedenksteins hervorgeht, hatte Otto Telschow bereits zuvor einen Stein in Bad Bodenteich in der Lüneburger Heide geweiht, „der ebenfalls eine Erinnerung an Deutschlands Erhebung sein soll“ und damit nicht den 30. Januar im Blick hatte.<sup>12</sup> Gleiches ereignete sich in Ehra im östlichen Niedersachsen, wo dem 5. März mit einem weiteren Findling gedacht wurde.<sup>13</sup> Offenbarung der Sülfelder Ortsgruppenleiter Heinrich Bähse 1933 noch davon aus, der 5. März würde sich als der historisch denkwürdigste Tag im nationalsozialistischen Deutschland etablieren.

Die Denkmalssetzung verweist demnach auf die große Euphorie über den Wahlsieg und den großen Elan der Parteimitglieder wie auch der lokalen Bevölkerung. Sie bestätigt damit die These Werner Freitags, der mit Blick auf die nationalsozialistische Festpraxis in Westfalen zeigte, dass diese gerade nicht als „Ausdruck von NS-spezifischer Instrumentalisierung“ gedeutet werden könne, sondern vielmehr „eine kulturelle Ausdrucksform lokaler Gesellschaften [sei], sich der Herrschaft Hitlers zu vergewissern und sie zu bejahen“.<sup>14</sup> Andreas Wirsching hat darüber hinaus nachgewiesen, wie sehr der 30. Januar zunächst lediglich als einfacher Regierungswechsel und eben nicht als zentraler Einschnitt empfunden wurde.<sup>15</sup> Doch unabhängig von der im Nationalsozialismus bald irrigen Botschaft, an der sich über die nächsten Jahre hinweg keiner vor Ort stören sollte, lässt sich anhand des Denkmals in Sülfeld noch eine andere Ebene der nationalsozialistischen Erinnerungskultur aufzeigen. Denn der im Zuge der Arbeiten am nahegelegenen Mittellandkanal in den späten 1920er Jahren zutage geförderte und zunächst im umgangssprachlichen Bauernholze gelagerte Findling, der als Geschenk der Magdeburger Elbstrombauverwaltung in den Besitz Sülfelds

gelangte, wurde einst 1931 als Naturdenkmal errichtet. (Abbildung 8) Ist über den ursprünglichen Anlass auch nichts überliefert,<sup>16</sup> so lässt er sich doch im Kontext des sich langsam organisierenden Naturschutzes verorten, der sich zunächst darum bemühte, singuläre Naturphänomene wie beispielsweise derartige Findlinge zu erhalten. Welcher Intention auch immer die Sülfelder 1931 folgten, so scheint diese nur zwei Jahre später gänzlich vergessen oder obsolet geworden zu sein, als der Findling im Mai 1933 umgewidmet wurde: Mit einem metallenen Hakenkreuz und einem Denkspruch versehen, weihten die Anwesenden NSDAP-Mitglieder den Findling ihrem Reichskanzler Adolf Hitler. Das Hakenkreuz ist vermutlich bereits im Frühsommer 1945 von der British Army demontiert, das Denkmal später zu einem Erinnerungsort an die Gefallenen umgestaltet worden. Schon während des Zweiten Weltkrieges wurden symbolische Holzkreuze für die gefallenen Soldaten aufgestellt. Der eingangs beschriebenen Fotografie wohnt indes noch eine andere Erinnerungsebene inne. Am 20. Juni 1944, die deutsche Wehrmacht befand sich an der Ostfront längst auf dem Rückzug und sah sich auch an der Westfront nach der Landung der Alliierten in der Normandie

mit massiven Vorstößen konfrontiert, erreichte das Sülfelder Bürgermeisteramt eine Mitteilung des Gifhorner Wehrmeldeamtes: Bis zum 7. Juli des selben Jahres sollten dem Amt sämtliche Wehrpässe der Geburtsjahrgänge 1889 und jünger vorgelegt werden. „[B]ei dieser Aktion [handele es sich] um eine reine wehrdienstliche Überwachungsangelegenheit“, wie der stellvertretende Leiter des Wehrmeldeamtes in seinem Brief abschließend versicherte, die keinesfalls mit einer etwaigen bevorstehenden Einberufung in Verbindung stehe.<sup>17</sup> Nur zwei Monate später erging auf Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht allerdings der Befehl, alle ausgemusterten männlichen Personen der Jahrgänge 1884 bis 1905 sofort wieder in die Wehrüberwachung aufzunehmen.<sup>18</sup> Der nationalsozialistische „Volkskrieg“ hatte damit auch Sülfeld erreicht. Zur Verteidigung des Reichsgebiets an der „Heimatfront“ wurde in diesem Zusammenhang auf Geheiß der Parteiführung der Volkssturm gebildet.<sup>19</sup> Doch stand es – ganz abgesehen von der schlechten Ausbildung – um die Motivation der zum Volkssturm Einberufenen häufig nicht zum Besten.<sup>20</sup> Wie sich die Sülfelder Bevölkerung in den letzten Monaten des Krieges positionierte, ist nicht bekannt. *Fortsetzung auf Seite 14*

Fortsetzung von Seite 13 Doch fanden wenigstens fünf der Männer Aufnahme in das Namensverzeichnis des Sülfelder Volkssturms,<sup>21</sup> die sich Mitte der 1930er Jahre stolz vor ihrem Denkmal für den Sieg des Nationalsozialismus aufgestellt hatten. Die Fotografie des Denkmals, das seit dem Winter 1968 den im Krieg gefallenen Soldaten des Dorfes gewidmet ist,<sup>22</sup> dokumentiert demnach nicht nur die Frühzeit der nationalsozialistischen Erinnerungspolitik in Sülfeld, sondern vermittelt darüber hinaus auch einen biografischen Zugang zum weiteren Schicksal der damaligen lokalen Akteure.

1 „Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot über Deutschland“, in: Aller-Zeitung vom 6. März 1933.

2 Der Journalist der *Aller-Zeitung* verband den Wahlsieg Hitlers unumwunden mit dem „Augusterlebnis“; jenem scheinbaren Enthusiasmus, der die Deutschen beim Kriegsausbruch 1914 über alle Klassegegensätze hinweg zu einer „Volksgemeinschaft“ vereint hätte. Zur Rezeption im Nationalsozialismus siehe ausführlich Jeffrey Verhey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*. Hamburg 2000, insbesondere S. 346–355.

3 Für das Bildmaterial danken wir Lieselotte Grothe und Hermann Sprenger. Für wertvolle Hinweise und Anregungen danken wir Marcel Glaser.

4 Im Jahr 1934 fand der Volkstrauertag am 25. Februar statt, ab dem kommenden Jahr wurde am fünften Sonntag vor Ostern der Heldengedenktag begangen. Siehe dazu das „Gesetz über die Feiertage vom 27. Februar 1934“, abgedruckt in: *RGBl*, Teil I/1934, Nr. 22, S. 129.

5 Namentlich die NSDAP-Parteigenossen Friedrich-Wilhelm Lütt und Georg Stadler aus Harburg.

6 „Gedenkstein-Einweihung in Sülfeld“, in: *Aller-Zeitung* vom 13. Mai 1933.

7 „Gedenkstein-Weihe in Sülfeld“, in: *Aller-Zeitung* vom 16. Mai 1933.

8 Linda Conze, „Die Ordnung des Festes/ Die Ordnung des Bildes. Fotografische Blicke auf Festumzüge in Schwaben (1926–1934)“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Jg. 12 (2015), S. 210–235, hier S. 211.

9 Ob der Platz auch offiziell in „Adolf Hitlerplatz“ umbenannt wurde, konnte anhand der Sülfelder Ortsratsprotokolle nicht nachvollzogen werden. Möglicherweise handelt es sich dabei lediglich um eine Bezeichnung aus dem Volksmund, die auf der Postkarte Niederschlag fand.

10 Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923–1945*. Köln 2011, S. 175.

11 „Ruhe und Frieden. Gedanken zum 30. Januar“, in: *Aller-Zeitung* vom 29. Januar 1934; „Der Dank des Reichspräsidenten. Ein Brief Hindenburgs an den Führer“, in: *Aller-Zeitung* vom 30. Januar 1934; „Hitlers Bekenntnis“, in: *Aller-Zeitung* vom 31. Januar 1934.

12 „Gedenkstein-Weihe in Sülfeld“, in: *Aller-Zeitung* vom 16. Mai 1933.

13 Privatbesitz Dr. Meinhardt Leopold, Wolfsburg.

14 Werner Freitag, „Der Führermythos im Fest. Festfeuerwerk, NS-Liturgie, Dissens und 100 % KdF-Stimmung“, in: Ders. (Hg.), *Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945*. Bielefeld 1997, S. 11–77, hier S. 17.

15 Andreas Wirsching, „Die deutsche ‚Mehrheitsgesellschaft‘ und die Etablierung des NS-Regimes im Jahre 1933“, in: Ders. (Hg.), *Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft*. Göttingen 2009, S. 9–30.

16 Vgl. TSV Sülfeld von 1913 e.V. (Hg.), *1000 Jahre Sülfeld. Die Chronik*. Wolfsburg 2017, S. 103–108. Der Hinweis auf das Naturdenkmal geht auf die Chronik von Heinrich Müller aus dem Jahr 1937 zurück, dort auf der Rückseite von Blatt 14.

17 StadtA Wob, Sü 20, Wehrerfassung Volkssturm, Wehrmeldeamt Gifhorn an den Bürgermeister vom 20. Juni 1944.

18 StadtA Wob, Sü 20, Der Landrat des Kreises Gifhorn an die Herren Bürgermeister im Kreise vom 23. August 1944.

19 Sven Keller, *Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45*. München 2013, S. 131–144.

20 Dazu David K. Yelton, *Hitler's Volkssturm, The Nazi Militia and the Fall of Germany, 1944–1945*. Lawrence 2002.

21 StadtA Wob, Sü 20, Volkssturm 1, Gemeinde Sülfeld vom 15. November 1944; Ebd., Volkssturm 2, Gemeinde Sülfeld vom 15. November 1944.

22 StadtA Wob, Sü 28, Errichtung eines Kriegerdenkmals 1968, Stein- und Bildhauer Werner Klotz an die Gemeinde Sülfeld vom 23. November 1968.

**Für das Schuljahr 1951/52 wurde die Zahl der Klassen abermals um vier auf 22 erhöht und 6 neue Lehrer eingestellt. Eigentlich hatte die Absicht bestanden, mit Beginn des Schuljahres bereits den ersten Trakt der neuen Schule am Pestalozziweg zu beziehen, aber da sich der Bau um einige Wochen verzögerte, konnte man erst am 28. 5. mit 8 Klassen dort einziehen. Man war damit in der Ueberwindung der Raumnot um ein erhebliches Stück weitergekommen, mußte aber dafür für damals noch nicht absehbare Zeit eine Belastung schwerster Art auf sich nehmen, denn mit dem Bezug des neuen Traktes war nunmehr die neue Anstalt in zwei Komplexe, den einen im Heßlinger Barackenbereich und den anderen am Pestalozziweg, aufgeteilt. Zwischen den beiden Komplexen liegt eine Entfernung von mehr als 1 km und so mußten nunmehr die Lehrer in den Pausen zwischen dem Heßlinger Bereich und dem Neubau hin- und herwandern, wenn sie von einer Klasse zur anderen wollten. Oft genug mußten auch ganze Klassen vom Neubau nach Heßlingen und zurück wandern, wenn ihr Unterricht dort in einem Spezialraum stattfand. Aus diesem Grunde mußten alle Pausen auf 15 Minuten verlängert werden. Da aber andererseits die gesamte Unterrichtszeit zwischen 7,40 Uhr morgens und 13 Uhr nachmittags liegen muß, weil sie von den Fahrplänen der Wolfenburger Verkehrsmittel abhängig ist, blieb nichts anderes übrig, als den Unterricht jeder einzelnen Stunde um 5 Minuten auf 40 Minuten zu verkürzen. Die Praxis hat gezeigt, daß auch dies noch nicht ausreicht. Immer wieder erweist es sich als unvermeidlich, daß die eine oder andere Stunde um weitere 5 Minuten, ja oft um noch mehr, verkürzt werden muß, weil es den Lehrern und den Klassen einfach nicht möglich ist, in den Pausen von dem einen zu dem anderen Teil der Schule zu gelangen. Wenn im kommenden Frühjahr die ganze Anstalt hoffentlich wieder unter einem Dache vereinigt sein wird, so wird sie in der Zeit ihrer Trennung vom Mai 1951 bis Ostern 1953 nach grober Schätzung ein halbes Jahr an Unterrichtszeit verloren haben. Noch schwerer wiegt aber auf die Dauer die Tatsache, daß die Trennung in zwei weit voneinander entfernte Hälften eine Unzahl von organisatorischen Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, unter denen Erziehung und Unterricht oft genug leiden mußten.**

StadtA WOB, HA 5449

AdM 5/2017

## Die Einweihung des neuen Oberschulgebäudes

VON WERNER STRAUß

Die Entwicklung der Stadt spiegelt sich nicht zuletzt im Ausbau ihrer schulischen Infrastruktur. Vier Jahre nach Gründung der „Stadt des KdF-Wagens“ wurde die Oberschule eingerichtet, die vorerst Barackenräumlichkeiten auf dem Gelände des heutigen VfL-Stadions in Hesslingen zugewiesen bekam. Bis dahin waren die Oberschulschüler darauf angewiesen, in Braunschweig entsprechende Schulen zu besuchen. Unter der Leitung von Oberstudienrat Karl Hofmann startete am 6. August 1942 der Unterricht in zwei Klassen mit 58 Schülerinnen und Schülern, die von zwei Lehrern in ihre Obhut genommen wurden. Rund ein halbes Jahr später erfolgte der Umzug der Oberschule in den Barackenschulkomplex in der heutigen Heinrich-Heine-Straße. Nach Errichtung einer weiteren Klasse begann das neue Schuljahr 1943/44 im Herbst mit nun schon 98 Schülerinnen und Schülern und drei Lehrkräften.

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler stieg weiter rasch und kontinuierlich an. Bereits Ende 1944 besuchten 188 Schülerinnen und Schüler die Oberschule. Gegen Kriegsende mit der Besetzung der Stadt durch alliierte Truppen wurde der Schulbetrieb ausgesetzt. Nach einer halbjährigen Pause erfolgte sodann im Oktober 1945 die Wiedereröffnung der Oberschule mit vier Klassen, 169 Schülerinnen und Schülern und sechs Lehrern. Fand diese auch unter einem neuen politischen System statt, so kehrte man zunächst an eine alte Wirkungsstätte zurück. Nach erfolgreichen Verhandlungen des Schulleiters Lorenz Heiny mit den britischen Militärbehörden konnte die Schule wieder in den Barackenkomplex in Hesslingen einziehen. Wegen Kohlenmangels im Winter musste ein Teil der Klassen jedoch im folgenden Winter Übergangsweise im Ledigenheim in der Stadtmitte und in Baracken an der Heinrich-Heine-Straße untergebracht werden. Mit Beginn

des neuen Schuljahres im Mai 1947 verfügte die Schule über alle Jahrgangsstufen der 5. bis einschließlich der 11. Klasse und hatte bereits 434 Schülerinnen und Schüler. Am 6. April 1948 wurde der Studienrat Friedrich Wilhelm Bußmann aus Düsseldorf zum neuen Schulleiter bestimmt, der die Oberschule über mehrere Jahrzehnte als Oberstudiendirektor leiten sollte und mit großem Engagement und Geschick entscheidend zur Weiterentwicklung der Schule beitrug. Um 1950 stand die Oberschule wegen ihres permanenten Schülerzuwachses vor erheblichen Raumproblemen. Deshalb wurden konkrete Planungen für einen Neubau an der Pestalozziallee aufgenommen. Am 21. Juli 1950 berieten die Preisrichter über die Entwürfe für den Bau einer neuen Oberschule. Den ersten Preis errang im Architektenwettbewerb Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Krämer von der Technischen Hochschule Braunschweig. Bestand auch die Absicht, den ersten Gebäudetrakt mit insgesamt acht Klassenräumen zum Beginn des Schuljahres 1951/52 zu beziehen, so wurde diese durch Verzögerungen bei der baulichen Fertigstellung durchkreuzt. So konnte die Oberschule erst zum 28. Mai 1951 die neuen Räume beziehen – und dies begleitet durch einen eher schlichten Festakt. Vor geladenen Gästen aus Rat, Verwaltung und Elternrat der Schule sowie den Schülerinnen und Schülern hob Oberstudiendirektor Bußmann hervor, dass der Bau von der Einfachheit, die auch im Unterricht gepflegt werde, geprägt sei. Es gäbe nur einen Bau in Wolfsburg, der ebenso zweckmäßig sei, das Volkswagenwerk.

Zwar war mit dem Neubau zumindest vorerst die Raumnot der Schule gelindert, doch entstanden durch die beiden Standorte schulorganisatorische Schwierigkeiten. Da die Schüler nun auf die neue Schule an der Pestalozziallee

und die Barackenklassenräume in Hesslingen aufgeteilt waren, mussten die Lehrkräfte zwischen den beiden Standorten hin- und herpendeln. Die Unterrichtspausen genühten allerdings kaum, um die Strecke erfolgreich zu bewältigen. Daher wurde der Schulunterricht notgedrungen zeitlich eingeschränkt (HA 5499, Auszug aus der Festschrift „10 Jahre Städtische Oberschule Wolfsburg“). Beim Festakt zur Einweihung der Oberschule versicherte der stellvertretende Bürgermeister Hermann Lahmann seinem Publikum, es werde „selbstverständliche Pflicht für die kommunalen Verantwortungsträger sein, so lange weiterzubauen, bis die Oberschule vollkommen fertig [sei]. Da in Wolfsburg aber auch viele andere Aufgaben zu lösen [seien], [könne] das nur etappenweise erfolgen.“

Am 29. Februar 1952 beschloss der Rat der Stadt, die Schule zu vollenden. In absehbarer Zeit sollte die Zweiteilung der Schule der Vergangenheit angehören. Ein wichtiger Schritt war demzufolge am 15. März 1953 der Einzug in den zweiten Bauabschnitt mit 19 Klassenräumen. Hierdurch wurde es der Oberschule ermöglicht, sämtliche Klassen im Neubau unterzubringen. Eine weitere Etappe war neben der Inbetriebnahme der Turnhalle die Einweihung der Schulaula am 9. Mai 1955, die auch als Aufführungsstätte des *Kulturrings Wolfsburg* einen festen Platz einnahm. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Oberschule deutlich über 1.000 Schülerinnen und Schüler – die Planungen für eine zweite Oberschule wurden im Rathaus bereits zielgerichtet von den zuständigen Stellen der Schul- und Bauverwaltung vorangetrieben. Ihren endgültigen Namen erhielt die erste Oberschule als „Ratsgymnasium“ zum 1. Juli 1958 durch einen Beschluss des Rates der Stadt in der Festsitzung zum 20-jährigen Stadtgründungsjubiläum.

Auszug aus der Niederschrift  
über die 39. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 1.3.60

### 3. Berliner Woche

Nachdem die Verwaltung in der Sitzung am 23. 2. 1960 (Pkt. 3 b) gebeten wurde, über den Standort des Berliner Meilensteines erneut zu berichten, schlägt Oberstadtdirektor Dr. H e s s e vor, den Meilenstein auf der Kreuzung Siemensstraße/Braunschweiger Straße aufzustellen.

Der Verwaltungsausschuß schließt sich einmütig diesem Vorschlag an.

Für den Fall, daß die Straßenarbeiten bis zum Zeitpunkt der Enthüllung nicht abgeschlossen sind, wird in Aussicht genommen, den Stein auf dem Mittelstreifen der Porschestraße in Höhe der Firma Foto-Klimesch aufzustellen.

66 hat Auslegung und Vorgang erhalten.  
Weg d. 5/3.60

Beglaubigt: *Selmer*  
Wolfsburg, den 3.3.60

StadtA WOB, HA 12

Auf dem grünen Mittelstreifen der Siemensstraße zwischen der Braunschweiger Straße und der Rathausstraße steht ein kleiner Stein – leicht bemoost, wie es der Witterung ausgesetzte Steine nach vielen Jahren oft an sich haben. „Berlin 228 km“ ist auf seinen beiden Seiten unter einen Berliner Bären eingemeißelt. Es ist ein sogenannter „Berliner Meilenstein“, und wie es sich für Meilensteine gehört, ist er an einer der vielbefahrensten Straßen in Wolfsburg aufgestellt.

Der erste dieser Berliner Meilensteine wurde im Januar 1954 an der heutigen A3, etwa 25 Kilometer von Bonn entfernt, aufgestellt. Seine Aufstellung geht auf ein Rundschreiben des Bundesministers für Verkehr, Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), vom 24. November 1953 zurück, das dieser an die obersten Straßenbaubehörden der Länder verschickte. Den Anstoß dafür hatte der Berlin-Beauftragte der Bundesrepublik, der Verleger und Mitbegründer der Wochenzeitung *Die Zeit* Gerd Bucerius (1906–1995) gegeben, nachdem er vom Regierenden Bürgermeister Berlins, Otto Suhr (1894–1957), eine kleine Bärenskulptur erhalten hatte. Bucerius wollte in der politisch nach wie vor angespannten Situation mit den Berliner Meilensteinen Solidarität mit West-Berlin symbolisieren und an Berlin als Deutschlands Hauptstadt erinnern.

Dem Rundschreiben zufolge sollten in der Bundesrepublik auf drei nach Berlin führenden Autobahnen alle 100 Kilometer, ausgehend von dem zu diesem Zeitpunkt in der ostdeutschen Hauptstadt Berlin gelegenen preußischen „Null-Meilenstein“ auf dem Dönhoffplatz, jeweils ein Meilenstein – insgesamt derer 17 – aufgestellt werden. Es wurden wesentlich mehr. Was im Wesentlichen an der Tatkraft des in rund 160 Städten der Bundesrepublik mit einem Ortsvertreter vertretenen *Bund der Berliner und Freunde Berlins* lag. Dessen Bundesverband stellte interessierten Städten durch Bundesmittel finanzierte Meilensteine

AdM 6/2017

## Berliner Meilenstein

„Erinnerungszeichen“ an einen unhaltbaren Zustand

VON STEFFI CRAIN



Berliner Meilenstein, Siemensstraße, Foto: Lars Landmann

zur Verfügung und sorgte so für eine weite Verbreitung. Die Gestaltungsvorgabe für die Berliner Meilensteine wurde mit dem Rundschreiben versandt. Wie alle Meilensteine ziert auch den unscheinbaren, etwa 120 Zentimeter hohen, fast weißen quaderförmigen Kunststein in Wolfsburg ein von der Berliner Künstlerin Renée Sintenis (1888–1965) im Jahre 1954 entworfenes Bärenrelief. Der im linken Profil auf den Hinterbeinen stehende Bär zeigt mit der erhobenen rechten Tatze nach Berlin. Darunter ist die jeweilige Kilometerzahl nach Berlin angegeben.

Wolfsburg entschied sich im Rahmen der Berliner Woche 1960 dazu, einen der „Standardsteine“ in Wolfsburg aufzustellen. Das Wolfsburg Exemplar wurde am 3. April 1960 durch Arno Scholz (1904–1971), Präsidialmitglied des *Bundes der Berliner und Freunde Berlins* und des *Ku-*

*ratoriums Unteilbares Deutschland*, auf dem Rathausvorplatz eingeweiht. Einen feierlichen Rahmen erhielt die Enthüllung, der viele Wolfsburger beiwohnten, durch die dargebrachten Berlinlieder der *Schöneberger Sängerknaben*. Wie fast alle Berliner Meilensteine war auch der Wolfsburger an einer gut sichtbaren Stelle aufgestellt: auf dem Mittelstreifen der Porschestraße. Doch handelte es sich dabei nicht um den ihm eigentlich angedachten Platz. Wie aus dem Auszug der Sitzungsniederschrift des Verwaltungsausschusses vom 1. März 1960 hervorgeht, war die Porschestraße nur vorübergehend als Standort vorgesehen, wurden doch am künftigen Standort 1960 Straßenarbeiten durchgeführt. Wann diese in der Siemensstraße beendet waren und der Berliner Meilenstein an seinen heutigen Standort umgesetzt wurde, kann aus den vorliegenden

Unterlagen nicht ermittelt werden. Seine Bedeutung hat sich gewandelt, und ein bisschen sieht man es ihm auch an: Er strahlt schon lange nicht mehr so hell, die Zeit hat ihm Patina verliehen. Aus dem Solidaritätszeichen von einst ist nun ein Erinnerungsstein geworden – und möglicherweise wird er sogar zu einem Denkmal.

Bereits am 21. Januar 1954 kam in einem Artikel der Zeit hoffnungsvoll zum Ausdruck: „Möge das, was wir jetzt als ein Mahnmal an unsere Straßen setzen, in nicht zu ferner Zeit nur mehr ein Erinnerungszeichen sein an einen Zustand, dessen Unhaltbarkeit die Welt längst eingesehen hat!“ Dieser erhoffte Wandel seiner geschichtlichen Bedeutung hat dann doch deutlich länger auf sich warten lassen.

Kümmerte sich bis 1998, dem Jahr seiner Auflösung, noch der *Bundesverband des Bundes der Berliner und Freunde Berlins* um die Aufstellung der Berliner Meilensteine, so sind es heute der *Verein der Berliner Bärenfreunde* und die *Initiative Denkmalschutz für Berliner Meilensteine*, die sich um den Erhalt und Schutz dieser kleinen Kulturdenkmale bemühen und sie in unserer Erinnerung wach halten wollen. Der *Verein der Berliner Bärenfreunde* forscht seit 2008 nach Berliner Meilensteinen und Berliner Bären, die zwischen dem Aufstand des 17. Juni 1953 und dem Fall der Mauer am 9. November 1989 in Deutschland, Europa und der Welt aufgestellt wurden.

In Wolfsburg wurden neben dem Berliner Meilenstein auf der Siemensstraße mit dem Namensstein auf der Berliner Brücke (1957), den ebenfalls der kleine Bär der Berliner Künstlerin Renée Sintenis ziert, und dem Berliner Bären (1992) von Anatol Buchholz (1927–2011) an der Kreuzung Berliner Ring/Reislinger Straße zwei weitere Symbole der Verbundenheit mit Berlin aufgestellt. Für alle Wolfsburger Berlin-Bären hat der *Verein der Berliner Bärenfreunde* im Juli 2015 einen Antrag auf Denkmalschutz gestellt.



Fotos: Helge Landmann

## Spurensuche in der „Stadt des KdF-Wagens“

### Ein Dokumentartheaterprojekt

VON ALEKSANDAR NEDELKOVSKI

In Anlehnung an Theodor W. Adornos Diktum „Gedichte schreiben nach Auschwitz ist barbarisch“ stellte sich der Oberstufenkurs „Darstellendes Spiel“ des Theodor-Heuss-Gymnasiums Wolfsburg der Herausforderung, „Theater nach Auschwitz“ zu spielen. Gleichwohl es in der ehemaligen „Stadt des KdF-Wagens“ kein Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau gab, ging es dem Kurs darum, das Unvorstellbare darzustellen. Denn die Geschichte der Stadt Wolfsburg ist unweigerlich mit dem Schicksal der Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge verbunden, die während der nationalsozialistischen Diktatur in die „Stadt des KdF-Wagens“ deportiert wurden, um für die Rüstungsproduktion im Volkswagenwerk zu arbeiten. Die Ausbeutung und erfahrenen Repressionen, das Leid und das Leben der Zwangsarbeiter sind Gegenstand des Dokumentartheaterprojekts. Dieses Projekt, eine Kooperation des *Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* der Stadt Wolfsburg, des Theodor-Heuss-Gymnasiums Wolfsburg und des *Theaterpädagogischen Zentrums Braunschweig*, war eine prozesshafte Suche nach Spuren der Wolfsburger Geschichte und zugleich eine Konfrontation mit den Bildern der Vergangenheit. Entstanden ist ein performatives Theaterstück, das diese Auseinandersetzung zeigt. Das Stück wurde unter dem Titel „Spurensuche in der ‚Stadt des KdF-Wagens‘“ am 27. und 28. Mai 2017 in der Aula des Theodor-Heuss-Gymnasiums uraufgeführt.

Das Projekt ist Teil der Bildungs- und Erinnerungsarbeit des *Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation*. Es ist das erklärte Ziel des Instituts, die Schülerinnen und Schüler für das Thema zu sensibilisieren und dabei kreative Formen der Vermittlungsarbeit im Bereich der Archivarbeit an zuwenden. Bereits der Titel des Stücks verweist

auf den Arbeitsprozess, dessen Ausgangspunkt die Quellenrecherche im Stadtarchiv war. Auch in diesem Fall war es die Idee, sich nicht nur auf geschichtswissenschaftlicher Ebene mit der Thematik auseinanderzusetzen, sondern auch Zugänge ästhetischer Praxis im Bereich der kulturellen Bildung zu ermöglichen. Das Theater wird so zu einem kulturellen Bildungs- und Erfahrungsraum, in dem bereits während der Proben und sodann bei den Aufführungen das gestaltende bzw. wahrnehmende Subjekt individuelle Erfahrungen sammeln kann. Darüber hinaus können Bildungsprozesse durch die Signifikanz aktueller und den Gegenwartsbezug historischer Themen intensiviert werden.<sup>1</sup> Die Schülerin Theresa Rohrberg beschreibt die Arbeit wie folgt: „Die Art und Weise, wie wir uns mit den Inhalten beschäftigt haben, war sehr viel emotionaler und nahbarer, als es im Geschichtsunterricht gehandhabt wird. Dort liest man meist nur Informationstexte oder bearbeitet Schreibaufgaben zu diesen. In unserem Theaterstück haben wir die Geschichte in Bildern und Szenen dargestellt. Es gab zwar keine feste Rolleneinteilung, aber immer kamen Elemente vor, in denen wir uns in Kampfsituationen, Momente der Euphorie, starken Zusammenhalt, Rachegefühle oder in die Opfer- und Täterrollen hineinversetzen mussten.“ Für die jungen Darstellerinnen und Darsteller stand von Beginn an die Frage im Vordergrund, ob und wie dieser Gegenstand überhaupt umsetzbar ist. Können wir dieser Sache gerecht werden? Eben jenen Auseinandersetzungsprozess anzustoßen, war bereits bei der Projektkonzeption intendiert. Der Kurs selbst hatte den Anspruch an sich, die Darstellung nicht auf simple Effekthascherei zu reduzieren, aber auch nicht die Realität zu verharmlosen. Zudem war den Schülerinnen und Schülern von Beginn an bewusst, dass es höchst

tens eine konstruierte Authentizität geben kann und dass das Leben und Leiden der Zwangsarbeiter nicht reproduzierbar ist. Welche Bilder können also für die Darstellung gefunden werden?

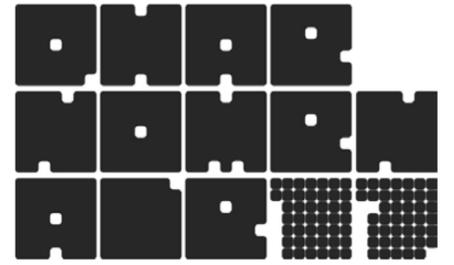
*Spurensuche* rekurriert auf Elemente des *devised theatre*, eines experimentellen und kollektiven Theaterformats, das in den siebziger Jahren in England als Gegenpol zum Literaturtheater entstanden ist. Es sind in erster Linie der offen gestaltete Produktionsprozess, der auf der Bühne ästhetische und dramaturgische Fragen verhandelt. So wurden in den Proben aus den Rechercheergebnissen der Schüler performative Akte und diese sukzessiv zu einem Stück geformt. Eine solche offene Aushandlung bedeutet reflektiertes Theater zu machen. Was machen wir auf der Bühne und warum machen wir es? Wie ist mit der Schwere der Thematik umzugehen? Es ist natürlich der Dialog zwischen Pädagoge und Schüler, der eine inhaltliche Auseinandersetzung schafft, aber auch die Bewegung und Körperlichkeit auf der Bühne selbst sind Verarbeitungsmechanismen, die so parallel kognitive Prozesse als auch eine Leiblichkeit der Erfahrung ermöglichen.<sup>2</sup> Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bei sämtlichen Vermittlungsprojekten wird stets mit der Frage begleitet *Warum muss ich mit damit auseinander setzen?* So endet auch *Spurensuche* mit dieser und einer Reihe offener Fragen an das Publikum, an die Allgemeinheit und letztlich an sich selbst.

*Spurensuche* ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=S9P78wQ4ls8>

1 Gerd Taube, Theater und Kulturelle Bildung, in: Bockhorst, Reinwand, Zacharias (Hg.), Handbuch Kulturelle Bildung, S. 619.

2 Wolfgang Sting, „Performance als Perspektive. Schultheater und Theaterpädagogik“, in: Schneider (Hg.), Theater und Schule. Ein Handbuch zur Kulturellen Bildung, S. 149f.

## Termine



18. August 2017, 18.00 Uhr, *phæno*, Wissenschaftstheater, Willy-Brandt-Platz 1, 38440 Wolfsburg

Vortrag, Wie ein Spiel entsteht, Dr. Reiner Knizia

22. August 2017, 18 Uhr, *phæno*, Ideenforum, Willy-Brandt-Platz 1, 38440 Wolfsburg

Workshop: Spielerisch Geschichte lernen: Chancen und Grenzen von Computerspielen, Prof. Dr. Angela Schwarz

23. August 2017, 19 Uhr, *Kunstmuseum Wolfsburg*, Hollerplatz 1, 38440 Wolfsburg

Vortrag: Die Ästhetik und Kunst des Computerspiels, Prof. Dr. Martin Feige

25. August 2017, 18 Uhr, *CITY GALLERY des Kunstverein Wolfsburg im Alvar-Aalto-Kulturhaus*, Porschestra. 51, 38440 Wolfsburg

Lesung: Mit Wörtern punkten. Süchtig nach dem Silbenglück: Scrabble-Spieler an der Weltmeisterschaft, Dmitrij Kapitelman

Die nächste Ausgabe von *DAS ARCHIV* erscheint im November 2017.

### DAS ARCHIV

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE UND STADTPRÄSENTATION DER STADT WOLFSBURG

INSTITUTSLEITUNG  
Anita Placenti-Grau

REDAKTION  
Anita Placenti-Grau  
Alexander Kraus  
Aleksandar Nedelkovski

BILDREDAKTION  
Katja Steiner

ANSCHRIFT  
Stadt Wolfsburg, Institut für  
Zeitgeschichte und Stadtpräsentation,  
Goethestr. 10 a, 38440 Wolfsburg, Tel.  
(05361) 27 57 30, Fax. 27 57 57, E-Mail:  
izs-stadtarchiv@stadt.wolfsburg.de  
[www.wolfsburg.de/izs](http://www.wolfsburg.de/izs)

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 1.300

ISSN 2367-4431